Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3. Sonnabend, den 15. Januar 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Streikversicherung der Industriellen. — Die Opfer der Arbeit. — Wirtschaftliche Rundschau. — Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Zur Tarifbewegung der Maler. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung. — Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1909. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909. — Die Steinbruchindustrie in Bayern. II. — Zur Erweiterung der Organisation. — Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vom Jahre 1909. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Steine und Gesteine. III.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Bautzen. Die Pflastersteinarbeiter haben am 8. Januar bei der Firma Zachmann wegen der vorgenommenen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Nach dem Grünsteinbruch Stiebitz bei Bautzen ist Zuzug zu meiden.

In Heppenheim, Kirschhausen, Sonderbach, Rimbach und **Hemsbach** haben die Granitsteinbruchbesitzer denselben Trick wiederholt wie im Jahre 1908. **Sie haben 150 Steinarbeitern gekündigt, weil unsere Kollegen eine neue Tarifvorlage vorlegten, in welcher kleine Erhöhungen vorgesehen sind.** Die Unternehmerherausforderung wurde von den nicht gekündigten Kollegen damit beantwortet, daß auch sie die Kündigung einreichten. Der schöne Traum der Unternehmer, daß die Hälfte der Verbandsmitglieder Arbeitswilligendienste leisten soll, ist so natürlich zuschanden geworden.

Wildemann. Die Pflastersteinbrüche Einersberg und Adlersberg, der Firma Siegheim gehörig, sind gesperrt.

Ebendorf. Wegen Lohnreduzierung ist der Pflastersteinbruch von Friedrich Pfuhl in Barleben gesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

Baumholder. Das Granitwerk Burger ist gesperrt.

Balduinstein a. d. Lahn. Die Firma Guido Krebs ist wegen Maßregelung für Marmorarbeiter gesperrt.

Osterholz. Die Aktiengesellschaft hat eine gewaltige Tarifkürzung vorgenommen. Diese Maßnahme wird mit schlechtem Geschäftsgang begründet.

Eschershausen. Die Dolomit- und Kalksteinwerke Holzen sind wegen Lohnreduktion gesperrt.

Die Streikversicherung der Industriellen.

Zu den neueren Mitteln, deren sich die Unternehmer in ihrem Kampfe gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter bedienen, gehört die Versicherung gegen Streikschäden. Eine Versicherung nennt man es, weil die alten Formen der gegenseitigen Unterstützung nicht mehr ausreichen; und gegen die Schäden der Streiks, sagt man, soll die Versicherung gelten — in Wirklichkeit sind aber die Streikkassen der Unternehmer gegen die Arbeiter und ihre Organisationen gerichtet, daß diese ihre Forderungen nicht verwirklichen können. Streikversicherungskassen benamsen die Herren ihre Einrichtungen, in Wirklichkeit sind es Widerstandsfonds, die zu dem Zwecke angehäuft werden, um die Unternehmer im Sinne der Scharfmacher zu bestärken und sie zu befähigen, die Durchsetzung der Arbeiterforderungen zu vereiteln. Es ist daher für die Gewerkschaften und ihre Angehörigen von größtem Interesse, das Wesen der Streikversicherung der Unternehmer kennen zu lernen, und die vom „Reichsarbeitsblatt" jüngst veröffentlichte Statistik bietet die erwünschte Gelegenheit dazu.

Daß das Kapital in seinem erbitterten Kriege gegen die Gewerkschaften sich vor allem des Kapitals bedient, ist nichts Ueberraschendes; es war ja immer die Hauptwaffe des Ausbeutertums. Nicht so sehr deshalb, weil es ihm in reichlicher Menge zur Verfügung steht, als vielmehr aus dem Grunde, weil der Kapitalist ideale Werte nicht einzusetzen vermag. Idealismus, Opfermut, Solidarität — das sind Tugenden des Sklaven, des Proletariers. Für den Kapitalisten fallen nur reale Werte: Geld, Wechsel, Aktien, ins Gewicht. Im Gegensatz zum Arbeiter ist der Unternehmer zunächst — das heißt in erster Linie — bei seinem Eigennutz zu packen. Eine Sache, die ihm nicht unmittelbar einen materiellen Vorteil bringt, kann ihn nicht begeistern. „Was kaufe ich mir dafür?" Diese Frage charakterisiert den Kapitalisten. Und da sich für ihn alles in der Geldfrage auflöst, so ist es nur natürlich, daß er in seinem Bestreben, die Arbeiter an der Erlangung eines größeren Anteils vom Arbeitsertrage zu hindern, vor allem die ihm natürliche Waffe des Kapitals spielen läßt.

Das ist bisher schon geschehen; aber nicht in ausreichendem Maße und nicht immer in zweckmäßiger Weise. Der Kapitalist ist filzig nicht nur gegen den Arbeiter, sondern auch gegen seine eignen Berufsgenossen, es sei denn, daß ihm aus dem Gegenteil ein besonderer Vorteil erwächst. Wenn er hingegen einsieht, daß er mehr daran wenden muß, um seinen Nutzen ungeschmälert zu erhalten, so ist er nicht abgeneigt, seine Taler springen zu lassen. Weiß er doch, daß sich ihm die Sache rentiert und daß seine Opferwilligkeit ihm Zinsen trägt. —

Noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bildeten Streikkassen der Unternehmer ganz vereinzelte Erscheinungen. Heute gibt es nach dem erwähnten Berichte acht Gesellschaften, welche bei zwei andern rückversichert sind, und drei nicht rückversicherte Gesellschaften; überdies acht Reichsverbände, elf Landesverbände und sieben Ortsgruppen, ferner einen Boykottschutzverband; endlich vier Reichs-, einen Landes- und vier Bezirksverbände, welche nur fallweise Unterstützung gewähren, im Gegensatze zu den eigentlichen Assekuranzunternehmungen, die statutengemäß ihre Entschädigungen leisten. Die Sache ist also in ein förmliches System gebracht und hat ganz andre Dimensionen. Früher fuhren die Konkurrenten des „unschuldigen" Unternehmers, dessen Arbeiter die Fortsetzung der Rackerei zu den ungünstigen Bedingungen ihres Ausbeuters verweigerten, nicht selten schlecht. Wie oft mag es vorgekommen sein, daß der Unternehmer seine Leute in den Streik hineinhetzte oder von willfährigen Werkzeugen hineinhetzen ließ; daß er eine Unzufriedenheit der Arbeiter benützte, um sie zu heller Entrüstung aufzublasen; daß ihm das Klassenbewußtsein der Proletarier nur die Wand abgab, hinter der er seine schmutzigen Konkurrenzmanöver verbarg. Es ist sicher, daß viele Streiks durch ein ganz bescheidenes Maß von Billigkeit, Einsicht und Gerechtigkeitsgefühl der Unternehmer vermieden werden können; daß mancher Fabrikant, der gerade ein Interesse daran hat, seinen Betrieb etwas einzuschränken oder mit demselben eine Veränderung vorzunehmen, nach einer Ausrede sucht, um seinen Arbeitern einen Streik aufzudrängen. Matthäus bricht's Eis— hat er keins — so macht er eins, heißt es in einer alten Bauernregel. Und um seine Absicht durchzusetzen, sucht so mancher Ausbeuter den ungeraden Weg auf, wenn ihm der gerade unbequem erscheint. Er läßt also die Arbeiter schuldig werden, indem er sie provoziert. Der Mittel hierzu bieten sich ihm viele; er braucht nur die Arbeitsbedingungen verschlechtern — und wie zahlreiche Gelegenheiten bieten sich ihm da! —, braucht nur einen Vertrauensmann entlassen, und kann mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß die Arbeiter zur Gegenwehr greifen. Die Zahl der Abwehrstreiks nimmt ja auch zu, die Unternehmer sind längst von der Defensive zur Offensive, zum Angriff, übergegangen. Zwar lieben sie es noch immer, sich als die unschuldig Verfolgten — kein Engel ist so rein! — hinzustellen, und das Geschrei über den „Terrorismus" der Arbeiter will nicht verstummen. Aber den Schwindel kennt man ja schon, und nur ganz Dumme lassen sich noch von den Agenten des Scharfmachertums, die eben ohne Schwindel nicht leben können, weil sie von demselben leben müssen, heute noch irreführen. Wenn der Arbeiter eine kleine Lohnaufbesserung verlangt und darauf besteht, ist dies „Terrorismus"; und wenn sie ihm der Arbeitgeber schroff verweigert oder gar den kargen Lohn noch verkürzt, dann ist dies — „christliche Nächstenliebe"! „Terrorismus" ist immer das, was der Arbeiter dem Unternehmer antut; ist die Auflehnung gegen dessen raffinierte und brutale Ausbeutungskünste; ist die rebellische Unzufriedenheit mit den Methoden der Plusmacherei. Was hingegen der Unternehmer dem Arbeiter zumutet, das ist beileibe kein Terrorismus! Der Proletarier, der seinen Kopf in der kapitalistischen Schlinge hat, soll sich nicht wehren dürfen, soll sich ruhig und geduldig würgen lassen; verliert er einmal die Schafsgeduld, dann ist er der Terrorist und nicht etwa sein kapitalistischer Henker!

Ueber die Satzungen der Streikkassen bezw. Arbeitgeberverbände weiß man nichts Genaues; die Assekuranzbedingungen sind ja auch schwer zu formulieren. Bei der Streikversicherungskasse dürfte die Schuldfrage eine größere Rolle spielen. Denn da es sich um viel mehr Geld handelt, müssen die verantwortlichen Leiter der Streikkasse — „Streik", weil eben die Unternehmer die Arbeit verweigern! — besonders vorsichtig sein. Leider erfährt man gerade über die Gesichtspunkte, nach welchen die Herren die Schuldfrage zu untersuchen gedenken, nichts. Es würde sich dann herausstellen, daß die so beliebten Aussperrungen, die ja doch ausgesprochenermaßen Streiks der Herren Arbeitgeber sind, nicht — wie es sich gebührt — diesen auf das Kerbholz geschrieben werden, sondern den Arbeitern, die daran unschuldig sind, daß also die Schuldfrage nur dazu benützt wird, um festzustellen, ob der Kampf gegen die Arbeiter im konkreten Falle auch im Interesse der Konkurrenz liegt oder nicht. Und so wie mancher Streik nur eine provozierte Selbstaussperrung der Arbeiter ist, so ist manche Aussperrung nichts andres als ein Ausstand der Unternehmer, durch den diese irgendein Geschäftsmanöver verhüllen wollen.

Darum ist es eine Lüge, wenn die Scharfmacher behaupten, es handle sich nur darum, das geschäftliche Risiko, welches der Unternehmer bei Lohnkämpfen usw. trage, versicherungstechnisch zu decken. **Die Streikkassen der Industriellen sind keine rein mathematisch fundierten Institutionen zu dem wirtschaftlichen Zwecke, um Störungen der Kalkulation auszugleichen, sondern ausgesprochen antisoziale Einrichtungen mit den erborgten Formen der Assekuranztechnik!**

Uebrigens braucht man ja nur die einschlägigen Bestimmungen zu lesen, die die bekannte „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" anwendet. Die österreichischen Industriellen haben die Satzungen des reichsdeutschen „Schutzverbands gegen Streikschäden" für sich appretiert, und man kann aus den Vorschriften, die somit in zwei Staaten gelten, manches erschließen.

Es heißt nun daselbst: Als Bedingung der Gewährung von Beihilfen an Verbände wird unter anderm gefordert: 1. Einjährige Mitgliedschaft; 2. muß der Verband während des Kalenderjahrs mindestens 1½ pro Mille oder unter Hinzurechnung des Vorjahrs mindestens 2½ pro Mille seiner anrechnungsfähigen Jahreslohnsumme an Kosten zur Bekämpfung der über seine Mitglieder „hereingebrochenen Arbeiterbewegung" aufgewendet haben; 3. die Arbeiterbewegung muß bereits seit einem Monate mehr wie 1 Prozent der von den Verbandsmitgliedern beschäftigten Arbeiter umfassen; 4. die gewährte Beihilfe soll nur für die einen Monat überschreitende Zeit und nur so lange, als mindestens 1 Prozent der Arbeiter in Bewegung steht, geleistet werden; 5. sie soll für jeden Wochentag höchstens ein Dreitausendstel der anrechnungsfähigen Jahreslohnsumme des Verbands betragen; 6. die Beihilfe darf nur in solcher Höhe gewährt werden, daß durch sie drei Viertel der nach Beginn der Beihilfegewährung von dem Arbeitgeberverband seinerseits weitergewährten Beihilfen gedeckt werden; 7. die jeweils für den Tag gewährten Beihilfen dürfen in ihrer Gesamtsumme niemals ein Vierhundertstel der am Schlusse des Vorjahrs vorhandenen Fonds des Schutzverbands übersteigen. —

Wie man sieht, bleibt die Entscheidung über die Schuldfrage dem Unterverbande überlassen; ihn trifft die Verantwortung dafür, ob ein Streik als „berechtigt" anzusehen ist oder nicht. Daß die Interessen des Unternehmers, welcher „bestreikt" wird, nicht zu kurz kommen, versteht sich von selbst. Immerhin bildet die Höhe des Widerstandsfonds eine gewisse Gewähr dafür, daß die Bäume des Ausbeutertums nicht in den Himmel wachsen. Anderseits ist nicht zu verkennen, daß die Streikversicherung der Industriellen ziemlich ausgewachsen ist und daß — wenn auch der Streikschadenersatz nur ein teilweiser ist — gegen die mutwillige Provozierung von Arbeitseinstellungen keine ausreichende Garantie besteht, um so weniger, als die Scharfmacherbureaukratie es hauptsächlich ist, welche über die „Berechtigung" des Streiks zu erkennen hat. Mit diesem Mangel qualifiziert sich die Streikversicherung der Unternehmer als ein Kampfmittel, als ein Instrument zur Festigung und Aufrechterhaltung des Fabrikabsolutismus feudaler Kapitalsmagnaten, die den Arbeitern die Gleichberechtigung verweigern, an der Formulierung und Gestaltung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Mögen die deutschen Arbeiter daraus ihre Konsequenzen ziehen!

Die Opfer der Arbeit.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften aus dem Jahre 1908, die wiederum erst jetzt dem Reichstage zugestellt sind, haben ein besonderes Interesse deshalb, weil sie zeigen, in welcher Weise die wirtschaftliche Krise die Zahl der Betriebsunfälle beeinflußt hat. Die eine Folge der wirtschaftlichen Krise ist die, daß im Jahre 1908 die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen kleiner als im Vorjahre war, während sonst eine Zunahme eingetreten ist. Die Abnahme sehen wir sowohl in der Zahl der durchschnittlich versicherten Personen: 8 917 772 zu 9 018 367, als auch in der Zahl der sogenannten Vollarbeiter = 300 Arbeitstage: 7 868 531 zu 7 869 421. Dagegen ist die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe von 673 118 im Vorjahre auf 696 824 gestiegen.

Je weniger Personen von der Versicherung erfaßt werden, desto geringer muß auch bei sonst gleichbleibenden Umständen die Zahl der verunglückten Personen sein. Das trifft in der Tat für die Zahl der Verletzten zu, für die im Laufe des Jahres bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Unfallanzeigen erstattet worden sind. Die Zahl ist von 465 224 im Jahre 1907 auf 461 091 im Jahre 1908 zurückgegangen. Der Rückgang ist sogar etwas größer, als der Rückgang in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter, denn auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1907 noch 59,12 angemeldete Unfälle, dagegen im Jahre 1908 nur noch 58,61.

Die Zahl der schwereren versicherungspflichtigen Unfälle, d. h. der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 75 370 im Jahre 1907 auf 74 581 und von 9,58 pro tausend beschäftigte Vollarbeiter auf 9,48 gefallen. Hier ist die Abnahme auf 1000 beschäftigte Vollarbeiter nicht ganz so groß, wie bei der Zahl der gemeldeten Unfälle. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mit tödlichem Ausgange ist von 6078 auf 5939 und von 7,72 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,59 gefallen.

Wir haben also nicht nur einen absoluten, sondern auch einen relativen Rückgang, d. h. die Abnahme in der Zahl der Unfälle ist größer, als die Abnahme in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter. Diese an sich erfreuliche Tatsache ist aber zugleich eine dringende Mahnung in bezug auf die Unfallverhütung. Denn sie bestätigt, daß die Hast der Arbeit, wie sie bei gutem Geschäftsgange von den Betriebsleitern gefordert wird, die Gefahren der Arbeit vergrößert, manchen Betriebsunfall verschuldet. Außerdem wirkt offenbar in derselben Richtung der Umstand, daß bei gutem Geschäftsgange gewissenlose Betriebsleiter noch nicht eingearbeitete Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten heranziehen. Nur so ist die größere relative Zahl der Unfälle im Jahre 1907 zu erklären.

Beachtenswert sind die Zahlen der verunglückten Arbeiterinnen und Arbeiterkinder. Von den Personen, für die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Laufe des Jahres zum

erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, waren 308 Mädchen unter 16 Jahren gegen 278 im Vorjahre, 2499 Knaben unter 16 Jahren gegen 2473 im Vorjahre, 2747 Arbeiterinnen über 16 Jahre gegen 2755 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 69 864 im Vorjahre. Mithin ist der Rückgang in der Zahl der Unfälle bei den männlichen Arbeitern verhältnismäßig größer als bei den Arbeiterinnen über 16 Jahre; bei den Kindern aber ist die Zahl der Unfälle sogar größer geworden. Die Zunahme ist wiederum bei den Mädchen größer als bei den Knaben. Das bestätigt die Tatsache, daß manche Betriebsleiter, die unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges ihren Betrieb einschränken mußten, möglichst männliche Arbeiter über 16 Jahre entlassen und Arbeiterinnen und Kinder noch mehr als bisher bei gefährlichen Arbeiten verwendet haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, da sich die auffallende Zunahme in der Zahl der verunglückten Arbeiterinnen und Kinder nur in den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeigt.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften können wir nicht die Zahl der Unfälle mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen, da letztere nicht genau ermittelt wird. Hier begnügt sich das Reichsversicherungsamt ebenso wie bei den Zahlen der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe mit Schätzungen, die an der Hand der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 vorgenommen worden sind. Danach ist die Zahl der versicherten Betriebe von 4 710 401 im Vorjahre auf 5 434 100 und die Zahl der versicherten Personen von 11,2 Millionen auf 17,2 Millionen gestiegen. Die große Zunahme wird durch den Hinweis darauf erklärt, daß die früheren Feststellungen auf die Berufszählung gestützt werden mußten, während nunmehr die Betriebszählung auch über das beschäftigte Personal usw. nähere Angaben enthält. Jedoch sind die tatsächlichen Veränderungen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1908 in der Zahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen wahrscheinlich nicht bedeutend. Das muß zur richtigen Würdigung der jetzt folgenden Zahlen beachtet werden.

Die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 141 975 im Jahre 1907 auf 143 176 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 62 673 im Jahre 1907 auf 61 609 gefallen. Die Zahl derjenigen dieser Unfälle aber, die den Tod des Verunglückten zur Folge hatten, ist von 2843 im Jahre 1907 auf 2980 gestiegen. Auffallend ist es, daß die Zahlen sowohl der gemeldeten Unfälle als auch der Unfälle mit tödlichem Ausgange nicht unbedeutend gestiegen sind, während die Zahl der von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entschädigten Unfälle eine Abnahme aufweist. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Abnahme auf die größere Findigkeit mancher Berufsgenossenschaften in bezug auf Gründe für die Ablehnung der Entschädigung zurückzuführen ist.

Von den staatlichen Aufsichtsbehörden waren 669 135 Vollarbeiter beschäftigt gegen 662 127 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 49 864 im Jahre 1907 auf 52 275 und von 75,31 pro 100 Vollarbeitern auf 78,12 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, sind von 4804 im Jahre 1907 auf 5019 und von 7,26 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,50 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der entschädigten Unfälle mit tödlichem Ausgange von 708 im Vorjahre auf 768 gestiegen.

Von den Provinzial- und Kommunalaufsichtsbehörden waren 70 937 Vollarbeiter beschäftigt gegen 67 950 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 2770 im Jahre 1907 auf 2781 gestiegen; aber auf 1000 Vollarbeiter kamen nur 39,20 angemeldete Unfälle gegen 40,77 im Vorjahre. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum erstenmal eine Entschädigung gezahlt worden ist, ist von 509 im Vorjahre auf 507 und von 7,49 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,15 gefallen.

Für die Versicherungsanstalten fehlen die Zahlen der versicherten Arbeiter. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist hier von 3068 auf 2999 und die Zahl der zum erstenmal entschädigten Unfälle ist von 1347 auf 1249 gefallen. Hier handelt es sich um die Regiebauten. Fraglos sind auch bei diesen infolge der schwächeren Bautätigkeit weniger Arbeiter als in dem Vorjahre beschäftigt gewesen. Das erklärt die Abnahme in der Zahl der angemeldeten und der zum erstenmal entschädigten Unfälle.

Im ganzen ist die Zahl der angemeldeten Unfälle von 662 901 im Jahre 1907 auf 662 321 gefallen, die Zahl der Unfälle, für die im laufenden Jahre zum erstenmal Entschädigung gezahlt wurde, ist ebenfalls von 144 703 im Jahre 1907 auf 142 965 herabgegangen. Aus unsrer genaueren Betrachtung der Veränderungen in der Industrie, der Landwirtschaft und den Staatsbetrieben ergibt sich aber, daß der Rückgang namentlich dort eingetreten ist, wo die wirtschaftliche Krise eine Abnahme in der Zahl der beschäftigten Personen herbeigeführt hat. Es ist daher zu befürchten, daß der bessere Geschäftsgang uns nicht nur eine größere Zahl versicherter Arbeiter und damit eine absolute Steigerung der Unfallziffern, sondern auch mit der größeren Hast bei der Arbeit eine relative Zunahme, eine größere Unfallgefahr wieder bringen wird. Dies muß auch den letzten Arbeiter anspornen, alle Kraft einzusetzen, um eine wirksame Unfallverhütung zu erreichen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Stehen wir vor einer neuen Hochkonjunktur? — Die Zwangskartellierung der Kaliindustrie.

Die immer deutlichere Besserung der Lage des deutschen Arbeitsmarktes hat zu der Erörterung der Frage geführt, ob es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt, oder ob die Wendung zum Besseren den Morgen einer neuen Hochkonjunktur darstellt. Für die Arbeiter ist es nicht gleichgültig, in welchem Sinne diese Frage beantwortet wird. Es ist zwar richtig, daß wir nicht in die Zukunft schauen können, es gibt keine absolute Gewißheit für die eine oder die andre Eventualität. Aber mit größerer Wahrscheinlichkeit kann man das Bevorstehen eines neuen Aufschwungs als einen nochmaligen Rückschlag behaupten. Die genaue und systematische Beobachtung des Wirtschaftslebens ergibt nämlich eine gewisse Periodizität im Auf und Ab der Konjunkturkurve, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte. Es wäre nun freilich lächerlich, diese Periodizität rechnerisch zu Zwecken der Prognose anwenden zu wollen; aber sie wird uns nützliche Dienste leisten, wenn wir auf ihre Ursachen zurückzugehen suchen, und wenn wir beim Vorhandensein gleicher oder doch stark ähnlicher Ursachen oder Voraussetzungen die gleichen Folgen und Erscheinungen in Uebereinstimmung mit der erkannten Periodizität voraussagen können. In diesem Sinne sei hier einmal auf die merkwürdige Bemessung der Aufschwungs- und Krisenperiode hingewiesen. Allerdings reichen unsre systematischen Beobachtungen nicht viel über ein Dezennium zurück; aber nichts destoweniger sind die Ergebnisse äußerst interessant. Die monatliche Beobachtung des Andrangs am Arbeitsmarkt erfolgt seit dem Jahre 1896. Berechnet man nun aus den monatlichen Andrangsziffern der einzelnen Jahre die Jahresdurchschnitte, so erhalten wir für die 14 Jahre 1896 bis 1909 das bemerkenswerte Ergebnis, daß eine Periode des Aufschwungs und Niedergangs immer 7 Jahre umfaßt, und daß von den 7 Jahren immer 4 auf den Aufschwung und 3 auf den Niedergang entfallen. Es betrug nämlich der Andrang im Jahresdurchschnitt:

Aufschwungsjahre				Niedergangsjahre		
in der Periode 1896 bis 1902						
1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
138,8	124,9	118,9	106,9	122,6	164,3	177,3

Aufschwungsjahre				Niedergangsjahre		
in der Periode 1903 bis 1909						
1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
147,7	128,9	119,9	110,6	117,9	157,0	158,7

(die Ziffer für 1909 erstreckt sich auf 11 Monate).

Die Jahresdurchschnittsziffer für 1909 wird durch den Monat Dezember noch etwas erhöht werden, so daß der Abstand gegen 1908 größer wird. Aber auch die vorläufigen Ziffern zeigen deutlich die regelmäßige Abwechslung zwischen guten und schlechten Jahren. Wie gesagt, es wäre verkehrt, aus solchen Beobachtungen nun eine allgemein gültige Regel ableiten zu wollen. Aber wenn wir im laufenden Jahre, genau wie 1896 und 1903, auf andern Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung Faktoren wirksam sehen, die mit elementarer Kraft auf einen neuen Aufschwung hinarbeiten, so können wir doch, gestützt auf unsre wenigen Beobachtungen, mit einiger Wahrscheinlichkeit einen neuen Aufschwung in die Rechnung setzen. Wir können dies jedenfalls mit mehr Berechtigung, als wenn wir eine neue Verschlechterung in Aussicht stellen wollten. Nach dem ganzen Verlauf des Jahres 1909 ist für 1910 mit dem Beginn einer neuen Aufschwungsperiode zu rechnen, und gerade für die gewerkschaftliche Tätigkeit kann man nicht frühzeitig genug auf die grundlegende Wendung in der Richtung der Konjunkturkurve hinweisen.

Kurz vor Weihnachten hat die preußische Regierung der Oeffentlichkeit eine Ueberraschung bereitet, indem sie beim Bundesrat einen Gesetzentwurf einbrachte, der die Zwangskartellierung der Kaliindustrie bezweckt. Sicher sind die Motive des Gesetzentwurfs in dem Verlangen des preußischen Fiskus zu suchen, als Unternehmer im Kalibergbau geschützt zu werden. Daß gleichzeitig dadurch die Interessen der alten Kaliwerke besonders gewahrt werden, ist gleichfalls durchaus richtig. Indes ist doch vom kapitalistischen Standpunkte, von dem aus diese Bevorzugung der alten Werke gerügt wird, nicht zu übersehen, daß bei einem weiteren zügellosen Wettbewerb in der Kaliindustrie nicht nur das alte, sondern auch das neu zuströmende Kapital gefährdet und entwertet wird. Es handelt sich schließlich um einen Eingriff, der zunächst jedenfalls den Interessen des Kapitals zugute kommt. Aber darüber hinaus hat doch der Gesetzentwurf noch eine Bedeutung, deren Tragweite nicht verkannt werden soll. Zum erstenmal greift hier der Staat bewußt und mit voller Absicht in das auf der Gewerbefreiheit beruhende Produktionsgetriebe ein, schaltet die Gewerbefreiheit aus, zwingt die Produzenten sich zu einer Vertriebsgemeinschaft zusammenzuschließen, regelt die Eventualitäten, unter denen die Erweiterung der Produktion stattfinden soll, behält sich das Recht vor, bei der Festsetzung der Verkaufspreise mitzusprechen; kurz, die Staatsmacht begnügt sich nicht mehr damit, bei dem freien Wettbewerb dafür zu sorgen, daß die Kokurrenten sich nicht gegenseitig mit unlauteren und der Rechtsordnung zuwiderlaufenden Mitteln bekämpfen, sondern er schaltet den freien Wettbewerb gänzlich aus und wirft sich zum Ordner und Kontrolleur eines ganzen Industriezweiges auf. Geschieht dies auch noch durchaus unter Wahrung der Formen der heutigen Wirtschaftsweise, so charakterisiert sich doch das ganze Vorgehen im Prinzip als ein ökonomischer Fortschritt in sozialistischem Sinn. Nicht jeder Eingriff des Staates in die Produktion bedeutet einen solchen Fortschritt, namentlich nicht jede Verstaatlichung. Wichtig ist immer die Frage, ob, wie Friedrich Engels sagt, die Produktionsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, ob den kapitalistischen Besitzern der Produktionsmittel die Gewalt über diese entgleitet. Und nun liegen die Verhältnisse für den Kalibergbau allerdings so, daß das bisherige Syndikat, daß die Besitzer der Produktionsmittel aus eigner Kraft nicht weiter können, ohne das mit der Gefahr einer sehr starken Verschleuderung deutscher Bodenschätze ins Ausland zu rechnen wäre. Zweifellos handelt es sich hier um keine fiskalische Maßregel, wie es z. B. bei der Verstaatlichung von Eisenbahnen der Fall ist, sondern es handelt sich darum, daß der Staat dort zum Produktionsleiter wird, wo der Kapitalismus offenbar zu versagen droht. Diese Besonderheit der beabsichtigten Zwangskartellierung darf gerade von der Arbeiterschaft nicht unterschätzt werden. Wäre Kali ein Produkt, das in andern Ländern mit einem Wettbewerb des nämlichen Produktes zu rechnen hätte, so müßte auch vom sozialistischen Standpunkte aus die Zweckmäßigkeit des beabsichtigten staatlichen Eingriffs bezweifelt werden. Aber Kali ist ein Monopolprodukt Deutschlands, bei dem die Weltmarktkonkurrenz bis zu einem gewissen Grade den Versuch unternehmen will, als Produktionsleiter resp. Kontrolleur Versuche zu machen und Erfahrungen zu sammeln, so bietet dazu ein Produktionszweig wie die Kaliindustrie das am ehesten geeignete Feld. Es ist ja kaum anzunehmen, daß der Gesetzentwurf zum Gesetze werden wird; aber es ist schon wichtig genug, feststellen zu können, daß der preußische Staat sich gewissermaßen die Oberhoheit über die Produktionsmittel grundsätzlich vindiziert.

Berlin, 6. Januar 1910. Rich. Calwer.

Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 20. und 21. Dezember 1909 tagte in Berlin eine Konferenz der Zentralvorstände. An erster Stelle führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Baugewerbe im kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Hinsichtlich des Ende August 1910 in Kopenhagen stattfindenden **Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses** wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 100 Delegierte vertreten sein.

Bezüglich der **internationalen Verbindungen** wird über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch Gompers' in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschaftskongreß in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Gompers' in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Bruderbundes als auch der Bedeutung, die der Anschluß des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Hinweisen auf Gompers' Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation müsse betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsre Taktik und unsre inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch andern Ländern zugestehen. Jede andre Taktik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifellos werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten dahin drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale anläßlich der spanischen Unruhen berichtet. In der Debatte wird von keiner Seite das Verhalten der Generalkommission in der Gompersangelegenheit kritisiert, dagegen sprechen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteiorgane erfolgten Angriffe auf Gompers und die Generalkommission aus, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins" seien, recht wenig harmonierten. Es wird jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Aeußerungen keineswegs um offizielle Parteikundgebungen gehandelt habe.

Sodann wurde über die **Gewerkschaftlichen Unterrichtskurse** und über die einheitliche Regelung des Diäten- und Bücherbezugs eingehend beraten. Es wurde hierbei beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen, das auf 30 Mark pro Monat (45 Mark für den sechswöchigen Kursus) festgesetzt wurde. An Diäten sollen den auswärtigen Kursusteilnehmern 6 Mark, den in Berlin und Umgebung Wohnenden 3 Mark pro Tag gezahlt werden. Die Entschädigung des versäumten Arbeitsverdienstes bleibt der Festsetzung jedes Verbandsvorstandes überlassen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zuschuß zur Beschaffung von Büchern in Höhe von 40 Mark gewährt, die je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getragen wird. Die Auszahlung der Diäten und eventuell eines Reisevorschusses soll auf Rechnung der in Betracht kommenden Verbände aus der Kasse der Generalkommission erfolgen. Diese Festsetzungen treten vom ersten Herbstkursus 1910 ab in Kraft. Es steht den Verbandsvorständen frei, schon vorher davon Gebrauch zu machen.

Einige vom Reichsstatistischen Amte gewünschte Aenderungen in den Erhebungsformularen zur **Tarifstatistik** werden der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Zur Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wird beschlossen, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für Darlehen, die seitens der Generalkommission gewährt werden. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. Sodann wird über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer **sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission** berichtet. Dieselbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitersekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Leitung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz Genosse Heinke-Hamburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Ueber die **gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus** kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs beste bewährt hat. Immerhin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Lücken erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die **Berichterstattung über die Verbandstage** in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte, wie jede andre Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostfriesland findet nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag, betreffend Uebertrittsfragen, wird der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betr. der Unterstützungsansprüche doppelt organisierter Mitglieder. Den Verbänden wird empfohlen, den aus Jugendorganisationen zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzurechnen.

Zum Schluß fand eine Besichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmitglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

Zur Tarifbewegung der Maler.

In der vergangenen Woche sind in Berlin die Verhandlungen über den Reichstarif der Maler weitergeführt worden. Am Sonnabend abend haben die Unparteiischen ihren Schiedsspruch verkündet, der folgende Bedingungen festsetzt:

„In allen Lohngebieten, wo seit dem 31. Dezember 1906 keine Lohnaufbesserung durchgeführt worden ist, tritt mit Beginn des neuen Vertrages eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. per Stunde ein.

In allen andern Lohngebieten wird der Stundenlohn mit Beginn des Vertrages um 2 Pfg. und vom 1. Januar 1911 ab wieder um 1 Pfg. erhöht.

Die Erhöhungen erstrecken sich auf alle bisher gezahlten Löhne einschließlich der Grundlöhne.

In den Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrags auf 10 Stunden herabgesetzt. Weitere Verkürzungen der Arbeitszeit treten während der Vertragsdauer nicht ein.

In den Lohngebieten, wo infolge der Bestimmungen des Reichstarifs über Fahrgeld und andre Zuschläge ein Ausfall für die Arbeiter eintritt, hat ein entsprechender Ausgleich durch Lohnaufbesserung stattzufinden. Für welche Orte dies zutrifft, haben die örtlichen Tarifämter zu bestimmen. Für Berlin ist der als Ausgleich zu gewährende Lohnzuschlag auf 2 Pfg. pro Stunde bemessen, für alle andern Lohngebiete auf 1 Pfg."

Dies der materielle Inhalt des Schiedsspruchs.

Der sehr eingehenden Begründung, die die Unparteiischen ihrem Spruch gaben, entnimmt der Vorwärts die nachstehenden wesentlichsten Stellen:

Die Unparteiischen teilen die Ansicht der Arbeitnehmer, daß eine zentrale Festsetzung der Löhne für das ganze Reich schwierig und bedenklich ist und daß sie Härten und Unbilligkeiten mit sich bringen muß. Da aber die Arbeitgeber von dem Verlangen einer zentralen Regelung nicht abgehen wollten und die Arbeitnehmer in dieser Hinsicht nicht nachgaben, so wurden die Unparteiischen vor die Lösung einer schwierigen Frage gestellt. Es war undurchführbar, Lohnsätze für alle einzelnen Bezirke festzusetzen. Die Arbeitnehmer machten Vorschläge, die Arbeitgeber lehnten aber alle Vorschläge auf Lohnerhöhung ab. Bei dieser Sachlage mußten die Unparteiischen von einer individuellen Regelung der Lohnfrage absehen und die Frage von allgemeinen Gesichtspunkten lösen. Es kann nicht unbedingt gesagt werden, daß die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes eine Lohnaufbesserung gebietet oder zuläßt. Auf Grund des ihnen vorliegenden Materials sind die Unparteiischen der Ansicht, daß gegen das Vorjahr keine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Malergewerbes eingetreten ist, daß sich aber im Anschluß an die Hebung der Lage im Baugewerbe auch eine Besserung der Lage im Malergewerbe vorbereitet. Die Lage des Arbeitsmarktes schließt eine Aufbesserung der Löhne nicht aus, kann aber eine wesentliche Lohnerhöhung nicht begründen. Zwar steht das Einkommen der Malergehilfen hinter dem Einkommen andrer Arbeiter des Baugewerbes nicht wesentlich zurück, aber ihre Ausgaben sind erhöht durch die Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungsmieten, die sie nicht, wie die Arbeitgeber nach unten abwälzen können. Die Bedürftigkeit der Malergehilfen nach einer Lohnerhöhung dürfte demnach gegeben sein. Eine solche ist ihnen im Jahre 1908 von den Arbeitgebern auch mit ziemlicher Bestimmtheit in Aussicht gestellt worden. Aber es muß auch der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber Rechnung getragen werden. Deshalb erscheint die Forderung der Arbeitnehmer, den Stundenlohn um 5 bis 10 Pfg. zu erhöhen, nicht durchführbar. Eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde für die Vertragsdauer erscheint angemessen. Einheitslöhne für alle Gehilfen ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer Leistungen sind kein ganz gerechtes Lohnsystem. Deshalb legen die Unparteiischen den Parteien nahe, in den Orten, wo Einheitslöhne bestehen, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen eine Reihe von Gründen. Maßgebend für die Unparteiischen waren technische Gründe, besonders aber die finanzielle Frage. Da die Verkürzung der Arbeitszeit durch Lohnerhöhung ausgeglichen wer-

den mußte, so konnten die Unparteiischen den Anträgen der Arbeitnehmer nicht Rechnung tragen.

Soweit die Begründung. Die Parteien müssen, den getroffenen Abmachungen zufolge, in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und sich bis zum 15. d. Mts. erklären, ob sie ihn annehmen oder ablehnen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 3. bis 10. Januar gingen folgende Abrechnungen vom 4. Quartal ein:

1. **Gau:** Berlin, Wolgast.
2. **Gau:** Alt-Warthau, Rückers.
3. **Gau:** Aue, Chemnitz, Ebersbach, Greiz, Horka, Kamenz, Mittweida, Oberlungwitz, Plauen, Riesa, Sebnitz, Zwickau.
4. **Gau:** Alsleben, Falkenhain, Leipzig.
5. **Gau:** Eisenach.
6. **Gau:** Ebendorf, Einbeck, Kiel, Lübeck, Lüneburg, Osnabrück, Oldenburg, Springe, Wildemann.
7. **Gau:** Allagen, Balduinstein, Becke, Düsseldorf, Essen, Herdecke, Münster, Niedermendig, Rüthen, Witten, Zinhain.
8. **Gau:** Altleiningen, Baumholder, Bensheim, Heppenheim, Heidelberg, Kaiserslautern, Ludwigshausen, Rimbach, St. Johann, Wiesbaden, Mainz.
9. **Gau:** Emmendingen, Gebweiler, Hagenau, Karlsruhe, Kürnbach, Lahr, Seebach.
10. **Gau:** Augsburg, Flossenburg, Gefrees, München, Neusorg, Pilgramsreuth, Tröstau.
11. **Gau:** Bamberg, Frickenhausen, Nördlingen, Schopfloch, Wörth.

Die noch fehlenden Abrechnungen sind baldigst einzusenden.

Korrespondenzen

Balduinstein (Lahntal). Die am 28. Dezember v. J. stattgefundene Versammlung war sehr gut besucht. Als Referent war Gauleiter Herrmann erschienen. Als 1. Punkt wurde die Maßregelung der 11 Kollegen behandelt. Gauleiter Herrmann gab den Briefwechsel mit der Firma und dem Herrn Gewerberat zu Limburg wegen der Wiedereinstellung der Kollegen bekannt. Aus dem Antwortschreiben sei ersichtlich, daß die Entlassungen wegen Arbeitsmangels erfolgt seien. Alle Bemühungen, die Weiterbeschäftigung herbeizuführen, waren umsonst. Nach der Auffassung des Gauleiters und auch der Kollegen liegt aber eine Maßregelung vor, denn es wurden nicht die zuletzt eingestellten Arbeiter entlassen, sondern teilweise solche, die schon jahrelang im Betriebe waren und an Maschinen arbeiteten. Nach der Entlassung wurden an die Maschinen andre Arbeiter gestellt. Es gewinne fast den Anschein, als wenn die Entlassung der Kollegen ein Racheakt sein solle wegen der im September v. J. stattgefundenen Lohnbewegung. Wie dem Gauleiter mitgeteilt wurde, versuchten die Kollegen in Wiesbaden Arbeit zu finden. Der dortige Steinhauermeister Feuerlein hat von der Firma Krebs in Balduinstein die Marmorversetzarbeiten für eine Synagoge übernommen. Als ein Kollege wegen Arbeit bei Herrn Feuerlein anfragte, erhielt er den Bescheid: „Ich brauche 10 bis 15 Mann, **aber ich habe mich der Firma Krebs gegenüber verpflichtet, keinen von den entlassenen Arbeitern zu beschäftigen.**" Eine solche Handlungsweise seitens der Firma sei eine tieftraurige zu nennen. Die Firma habe wohl geglaubt, die entlassenen Kollegen würden um Arbeit betteln und vielleicht gar, falls sie wieder eingestellt würden, aus dem Verbande austreten. Vielleicht sei auch die Firma der Meinung, daß die Entlassung der Arbeiter den Zusammenbruch der Zahlstelle bedeuten würde. Der Gauleiter sei aber wohl mit den Kollegen der Meinung, daß diese Anschauung seitens der Firma falsch sei; um so fester würden jetzt die Kollegen zusammenstehen, denn sie wissen, was der Verband für sie bedeutet. (Stürmischer Beifall.) Der Gauleiter schloß seine Ausführungen mit der ernsten Mahnung an die Kollegen, alle treu und fest zusammenzustehen. In der nun folgenden lebhaften Diskussion wurden noch die Ausführungen des Gauleiters ergänzt. Ueber den 2. Punkt: Die Tariflage für das Marmorgewerbe, gab der Gauleiter die nötigen Erläuterungen. Nach eingehender Diskussion wurden für die Ausfüllung der verschiedenen Fragen des Tarifs Kommissionen gewählt. Nachdem noch über verschiedene Berufs- und Verbandsangelegenheiten gesprochen worden war, wurde nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Schlußwort des Gauleiters die Versammlung geschlossen.

Bamberg. Am 6. Januar fand im Gewerkschaftshause eine allgemeine Versammlung statt, wobei auch unsre Quartalsabrechnung zur Erledigung kam. Leider waren von 43 Mitgliedern nur 18 erschienen. Es kam zu einer lebhaften Debatte, weil nämlich häufig von den Maurern Steinhauerarbeit verrichtet wird. Um dies zu verhindern, wurde beschlossen, mit der Vorstandschaft des Maurerverbands in Verbindung zu treten. Weiter wurde eine Resolution gefaßt, die dem Magistrat überwiesen werden soll, indem an städtischen Gebäuden der Sandstein so ziemlich ausgeschlossen wird. Die anwesenden Mitglieder sind der Meinung, den Betrag, den Kollege Bartmann noch schuldet, zu streichen. Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Bild: Kassierer Magnus Ramer, Revisoren Fritz Glas und Joseph Krämer. Der bisherige Vorsitzende behielt sein Amt bei. Nach einem Schlußwort des Kollegen Anton Göbel forderte derselbe die neue Verwaltung auf, das kommende Jahr die Zahlstelle so zu gestalten, daß uns kein Kollege mehr fernstehen soll.

Bautzen. Der der Firma Zachmann-Leipzig gehörige Grünsteinbruch in Stiebitz, wo bisher nur Pflastersteine hergestellt werden, soll nach Aussage des Betriebsleiters Doege nicht mehr den nötigen Profit bringen. Aus diesem Grunde will man nun bloß noch Mosaikpflaster anfertigen lassen. Als Vorwand gilt, die Lieferung für erstklassige Pflastersteine sei in Dresden gekürzt worden. Das Kleinpflaster soll mit 12 Mark pro Kubikmeter bezahlt werden. Es ist dies eine Unmöglichkeit, zumal der Stein schwer zu bearbeiten ist und extra Handwerkszeug hierzu angeschafft werden muß. Eingeübte Arbeiter sind der Meinung, daß selbst bei Zahlung von 20 Mark pro Kubikmeter der bisherige Lohn nicht erreicht wird. Ferner will man den bisherigen Satz für Pflastersteine von 5.50 Mark pro Quadratmeter beibehalten; aber das Rohmaterial soll vom Pflastersteinhauer selbst gebohrt, der Stein vom Felsen selbst getrennt werden. Die nötigen Sprengmaterialien, wie Pulver, Zünderschnure, sollen zu Lasten des Arbeiters fallen. Es würde dies eine Lohnreduzierung von etwa 50 Prozent ausmachen. Wir werden uns in keiner Beziehung auf derartige Lohnreduzierungen einlassen. Es sind nun bereits Verhandlungen mit dem Betriebsleiter unternommen worden; derselbe muß jedesmal nach Leipzig zu der Firma berichten, da der Chef selbst nicht herkommt. Aus der Rückäußerung war zu ersehen, daß die Firma auf ihren ausgesetzten Bedingungen bestehen bleiben will. Außerdem wurde noch betont: „Wer unter diesen Bedingungen nicht arbeiten wolle, den könne niemand halten." Wir gaben hierauf zur Antwort, daß wir unter keinen Umständen unter den vorausgesetzten Verhältnissen weiterarbeiten könnten. Ob die Verhandlungen noch zu einem Ziele führen, bleibt abzuwarten.

Beucha. Am 9. Januar tagte im Kasino unsre Generalversammlung, welche gut besucht war. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, bei der Verbandsleitung den Ausschluß des Steinmetzen Altenhofer zu beantragen. Die Entlassung des Kollegen Loch, welcher in keinem Beuchaer Betriebe Arbeit bekommt, während Zugereiste eingestellt werden, wurde als Maßregelung anerkannt. Es wurde beschlossen, über den Preißerschen Betrieb die Sperre zu verhängen. Die vorgenommenen Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder. Unter Berufsangelegenheiten wurden verschiedene Mängel in den Betrieben gerügt. Auch das Kantinenwesen wurde einer sehr starken Kritik unterzogen. Es wird sich in der nächsten Zeit nochmals nötig machen, in dieser Angelegenheit mit Kantinenwirten und Brauereivertretern Unterhandlungen anzubahnen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, in welchem er die Anwesenden aufforderte, die Verwaltung der Zahlstelle mehr wie bisher zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. Am 4. Januar tagte im Weißenburger Hof die erste Versammlung in diesem Jahre. Gauleiter Herrmann referierte über die Tarifverträge. Er griff weit zurück in seinem glänzenden Referat. An der Hand von Beispielen erklärte er dann die späteren Ansichten über tarifliche Abmachungen. Die Ausführungen waren leichtverständlich gehalten und wurden mit großem Interesse aufgenommen. Ferner wurde die Neuwahl des Vorstands vorgenommen. Es wurden folgende Kollegen gewählt: Karl Bernhardt als 1. Vorsitzender, Heinrich Nübel als 2. Vorsitzender, Hermann Prothmann als Kassierer und Wilhelm Geyer als Schriftführer. In der Erwartung, daß auch im neuen Jahre jeder Kollege seine volle Kraft einsetzt, wurde die Versammlung geschlossen.

Ehringsdorf bei Weimar. Am 9. d. M., früh ½10 Uhr, war eine außerordentliche Generalversammlung einberufen worden. Aber die meisten organisierten Kollegen glänzten durch Abwesenheit: es waren nur 3 Mann erschienen. Die Versammlung wurde auf Sonntag, den 16. Januar, verschoben. Auch Kollege Otto Seidel, welcher schon mehreremal eingeladen war, war am 9. Januar nicht erschienen. Wir sind nun gezwungen, andre Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen. Ich ersuche somit alle Kollegen, am Sonntag recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen und auch die Beiträge zu bezahlen. Wir müssen in der Zahlstelle mehr Einigkeit beweisen, wenn auf die Unternehmer ein nachhaltiger Druck ausgeübt werden soll.

Lübeck. Am 8. Januar tagte hier im Gewerkschaftshause unsre Monatsversammlung. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Ein Antrag des Kollegen Werner, den Beitrag ab 1. Februar von 65 auf 75 Pfg. zu erhöhen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Im Verschiedenen kam wieder der Platz Töbeck u. Passarge zur Sprache, den dort beschäftigten Kollegen wurde in der Weihnachtswoche mitgeteilt, daß ab 1. Januar in Akkord gearbeitet werden sollte. Hauptsächlich kämen da die Granitsteinmetzen in Betracht, es sollte der Rostocker Tarif bei der Berechnung zugrunde liegen. Dies anzuerkennen, lehnten die dortigen Kollegen ab, weil wir hier im Stundenlohn schaffen. Auch drei Extraversammlungen, die deshalb stattfanden, lehnten eine derartige Zumutung ab. Da die Kollegen aber alle fest zusammenstehen, so hatte die Firma keinen Erfolg, sie läßt jetzt wieder weiterarbeiten. Bekümmert euch nicht um euren Polier außerhalb der Arbeitszeit, denn der Herr ist voriges Jahr auch noch als fremder Kollege zugereist gekommen und wußte damals genau, wie jeder andere Sterbliche, wo die Reiseunterstützung zu holen war. Es fand es noch nicht einmal für nötig, sich wenigstens abzumelden in der Zahlstelle.

Mannheim. Am 9. Januar tagte hier unsre Generalversammlung im Lokal Zur Volksstimme. Der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, und der Kassierer, Kollege Fatler, gaben den Jahresbericht, welcher von den anwesenden Kollegen für gut befunden wurde. Den Funktionären wurde der Dank für ihre mühevolle Arbeit ausgesprochen. Als bedauerlich muß es bezeichnet werden, daß nur die Hälfte der Kollegen anwesend war. Hauptsächlich trifft dies den sogenannten Stamm. Hoffentlich bessern sich die Kollegen im begonnenen Jahre. Erklärlich ist es deshalb, daß der Vorsitzende den Mut verliert, weil ihm der nötige Unterhalt fehlt. So ist denn auch die Wahl eine schwierige gewesen, indem der alte Vorsitzende ablehnte. Als solcher wurde nun Kollege Friedrich Hofmann und als Kassierer Georg Staab gewählt. Dann hielt Kollege Arnold einen sehr instruktiven Vortrag über: Die Arbeitslosen- und Hilfsarbeiterfrage. Es wurde ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Meißen II. Sonntag, den 9. Januar, fand unsre diesjährige Hauptversammlung in der Klosterschenke statt. Die Kollegen waren zahlreich erschienen, auch waren einige Mitglieder vom Hilfsarbeiterverband, welche ebenfalls in den Steinbrüchen arbeiten, anwesend. Die Ausführungen des Vorsitzenden über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Granitarbeiter wurden mit Spannung entgegengenommen. Besonders wies er darauf hin, wie weit in manchen Betrieben die Kollegen gekommen sind, weil sie nicht mehr dem Verband angehören und den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Der doppelte Verbandsbeitrag wandert dann durch Lohnabzug in die Taschen der Unternehmer. In einigen Brüchen **müssen bereits die Frauen ihre Krankenkasse selbst bezahlen,** und der Meterkasten ist als überflüssige Einrichtung auf die Seite geräumt worden. Abzüge beim Herstellen des Klarschlags sind bereits gemacht worden. Die Quartals- und Jahresabrechnung wurde bekannt gegeben und für richtig befunden. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Münch, Vorsitzender; Pinkert, Stellvertreter und Kartelldelegierter; Clemens Heinze, Kassierer; Otto Mäkel und Robert Nafchka, Revisoren.

Rimbach. Am 2. Januar fand beim Kollegen Seidel eine gutbesuchte Versammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1909. Die Revisoren bekundeten die Richtigkeit von Bücher und Kasse. Hierauf erstattete Kollege Seidel als Tarifkommissionsmitglied Bericht über die Tarifverhandlungen, woraus zu entnehmen war, daß sich die Unternehmer hartnäckig weigerten, unsre Forderungen anzuerkennen. Auch befaßte sich die Versammlung mit dem Schreiben der Unternehmer. Da die Kündigung am 31. Dezember 1909 erfolgte, reichten die übrigen Kollegen auch ihre Kündigung ein. Aus dem Schreiben der Unternehmer war ganz deutlich zu erkennen, daß dieselben nicht aus Arbeitsmangel, sondern aus reiner Profitwut die Kündigung vollzogen. Es muß nun Aufgabe des Verbandes sein, dieser Maßregelung mit allen Kräften entgegenzuarbeiten. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Als Vorsitzender wurde wiedergewählt: Kollege Schmidt-Zotzenbach. Da der bisherige Kassierer, Kollege Seidel, eine Wiederwahl aus Zeitmangel ablehnte, wurde an seiner Stelle Kollege Alois Holzhammer-Rimbach gewählt. Als Revisoren wurden Xaver Artmeier-Zotzenbach und Joh. Winkler-Mitlechtern gewählt. Die Versammlung sprach dem Kollegen Seidel für seine vierjährige Tätigkeit als gewissenhafter und treuer Kassierer die größte Anerkennung aus. Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Kollegen Ulrich. Allerlei Unflätigkeiten sind ihm weit lieber, als daß er seinen Verbandspflichten nachkommt. Die Kollegen wurden ermahnt, sich für die bevorstehende schwere Zeit auf alle Fälle vorzubereiten; insbesondere die Beiträge pünktlich zu bezahlen und die Statistik in Ordnung zu halten. Außerdem wurden noch einige Platzangelegenheiten erledigt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ermahnt hatte, alle Versammlungen so gut zu besuchen wie die heutige, und die Solidarität streng zu wahren, schloß er die Versammlung.

Rückers. Am 9. d. M. tagte in Goldbach bei Rückers unsre diesjährige Generalversammlung. Mit Bedauern mußte man konstatieren, daß diejenigen, die mit nichts zufrieden sind und am meisten kritisieren, sehr selten in der Versammlung zu sehen sind. Der Kassenbericht wurde entgegengenommen. Monitas waren nicht zu erheben. Weiter ermahnte der Kassierer die Kollegen, sich das pünktliche Beitragzahlen mehr anzugewöhnen. Es wurden drei Kollegen in die Tarifkommission gewählt, die denselben durchzuarbeiten haben. Beim Punkt Verschiedenes wurde von der Versammlung die Wiederaufnahme des Kollegen Suck beschlossen.

Sternenfels. Am 9. Januar fand hier im Gasthaus zum Löwen eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Beteiligt daran waren die Zahlstellen Sternenfels, Derdingen, Kürnbach, Lernbronn und Ochsenburg. Die Versammlung war stark besucht. Referent war Kollege Braun. Es wurde stark kritisiert, daß die Tarife nicht eingehalten werden; besonders Herr Treutle leistet sich manch starkes Stück. Die Diskussion war sehr lebhaft. Es wurde mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß der Verband im hiesigen Gebiet so gut ausgebaut sei. Die Redner waren der Meinung, daß es nicht angehen kann, daß wir uns die Umgehung der einzelnen Tarifpositionen gefallen lassen können. Wir müssen dagegen beizeiten auftreten.

Ziegelanger. Am 2. Januar fand unsre diesjährige Generalversammlung statt, welche schlecht besucht war. Der Kassierer Hoffmann legte die Abrechnung vor, welche für richtig befunden wurde. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Als 1. Vorsitzender Konrad Geßner, als Kassierer Joh. Hoffmann, als 1. Revisor Valt. Steininger, als 2. Revisor Gg. Dietzler. Im Punkt Verschiedenes wurde von mehreren Kollegen beantragt, den Steinmetzen Bühl von Trossenfurt aus dem Verband auszuschließen. Er wurde schon einmal ausgeschlossen, weil er Streikbrecherdienste leistete, aber trotzdem nahm man Bühl in Springe wieder auf. Bühl fungierte im vergangenen Jahre wieder als Arbeitswilliger. (Es ist sofort hierher zu berichten, wo B. Arbeitswilligendienste im Vorjahr geleistet hat. Redaktion.) Ferner wurden auch die Kollegen K. Dietrich, Valt. Dohmann und Konrad aus Trossenfurt in Erwähnung gebracht, da sie sich auch den Bühlschen Manieren anschließen wollen. Die gut verlaufene Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband geschlossen.

Rundschau.

Konkursanmeldung. Vor etwa Jahresfrist hat ein Herr Cunio das Köhlersche Granitwerk in Meißen auf dem Wege der Subhastation erstanden. Nun ist in den letzten Tagen der neue Firmeninhaber ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Etwa 200 Steinarbeiter wurden entlassen. Der große Beamtenstab ist ebenfalls aufgelöst. Das Köhlersche Werk ist in maschineller Beziehung mustergültig eingerichtet. Wir sind nun auf den Verlauf der Dinge gespannt. Wenn jemand in der Lage ist, das Werk in Schwung zu bringen, so ist es Köhler selbst. Köhler führt jetzt ein kleines Werk auf seine eigne Rechnung, er ist dabei nie auf organisierte Steinarbeiter angewiesen. Wäre es nicht besser gewesen, wenn er sich zuvor mit diesen vertragen hätte. — Wegen des Fallissements des Cunioschen Werkes ist die Lage der Meißner Kollegen eine sehr prekäre.

Aus dem Verbande. Die Zahlstellenverwaltung Demitz-Thumitz hat soeben ihren Mitgliedern den Rechenschaftsbericht für 1909 unterbreitet. Der Bericht ist sehr nett zusammengestellt, und obwohl er bloß hektographiert wurde, ist die Ausstattung recht sauber. — Die Gauleitung Karlsruhe hat dem badischen Landtage eine Petition zugehen lassen. Folgende Forderungen werden darin aufgestellt: Anstellung von Betriebskontrolleuren, Regelung der Vergebung von Arbeiten auf Staatsbauten, und weiter wird verlangt die vorzugsweise Beschäftigung einheimischer Arbeiter auf Staatsbauten.

Bayern hat eine sehr starke Ausfuhr von Lithographiesteinen nach Nordamerika. Aus der Statistik des bayrischen Landesamts heben wir folgende Ziffern hervor. Die Ausfuhr betrug: 1900 567 000 Mk., 1901 445 000 Mk., 1902 580 000 Mk., 1903 627 000 Mk., 1904 524 000 Mk., 1905 660 000 Mk., 1906 680 000 Mark, 1907 580 000 Mk., 1908 303 000 Mk. Der Export im Jahre 1908 ist also merklich zurückgegangen. Es dürfte das auf die allgemeine Geschäftsflaue, die auch in Nordamerika herrschte, zurückzuführen sein.

Zwanzig Jahre Baugenossenschaftsbewegung. Die moderne Baugenossenschaftsbewegung datiert eigentlich erst seit dem Jahre 1889, da erst mit dem Inkrafttreten des Genossenschaftsgesetzes, welches die beschränkte Haftpflicht zuläßt, die Genossenschaft dem Wohnungsbau wirklich dienstbar gemacht werden konnte und gleichzeitig in den Reserven der Invaliditätsversicherung die Mittel dazu bereitgestellt wurden. Wenn sich bisher die Baugenossenschaftsbewegung fast ausschließlich dem Kleinwohnungsbau zugewandt hat, so lag darin eine zweckmäßige Selbstbeschränkung. Es sind dadurch die allgemein gültigen Erfahrungen für das genossenschaftliche Bauen überhaupt gesammelt worden. In der Hauptsache hat sich die Entwicklung des Baugenossenschaftswesens von 1889 bis jetzt in nahezu gleichmäßigem Fortschreiten vollzogen. Während am 31. Mai 1890 nur 50 Baugenossenschaften in Deutschland existierten, zählte man zu Anfang des Jahres 1909 848 eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften und 102 Wohnungs- und Baugenossenschaften für Vereinshäuser. Leider fehlt bis heute eine Statistik, die sämtliche Baugenossenschaften und deren Entwicklung umfaßt. Die im Jahrbuche 1908 des Allgemeinen Verbandes veröffentlichte Statistik berichtet über 572 Genossenschaften. Genaue Angaben nach Formular liegen aber nur von 135 dem Allgemeinen Verbande angeschlossenen und von 23 demselben Verbande nicht angeschlossenen Baugenossenschaften vor. Bis 1908 sind von den Landesversicherungsanstalten des Deutschen Reiches für den Kleinwohnungsbau 224 Millionen Mark hergeliehen worden.

Die Initiative zu dieser Bewegung müßten aber in weitgehender Weise die deutschen Bundesstaaten übernehmen. Aber da hapert's gewaltig.

Schrecklicher Unglücksfall. Am 7. Januar ereignete sich im Betriebe der Firma Michael Böhringer in Elmshausen (Hessen) ein bedauerliches Unglück. Infolge eines Defekts am Vorgestell des Mühlenrades wurde der Maschinenheizer und ein Schmied genannten Betriebes beauftragt, die Reparatur vorzunehmen. Auf bis jetzt unaufgeklärte Weise stürzte der Heizer Jakob Hechler in die Tiefe des Mühlgrabens und ertrank.

Bekanntmachung.

Wir geben hiermit in der Privatklagesache des Baupoliers Karl Schramm in Nürnberg, Privatkläger, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Strauß und G. Grampp in Nürnberg, gegen Redakteur Erwin Barth in Nürnberg, Privatbeklagter, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Süßheim in Nürnberg, nachstehenden, am 1. Dezember 1909 vor dem Königlichen Amtsgerichte Nürnberg abgeschlossenen Vergleich bekannt: 1. In der von dem Privatbeklagten als verantwortlicher Redakteur gezeichneten „Fränkischen Tagespost" (Nr. 182 vom 7. August 1909) war behauptet, daß der Privatkläger bei Gelegenheit eines Bauunfalles geäußert habe: „Gestern hat man den alten Lumpen eingestellt, heute fällt er herunter. Wenn sie nur einmal alle verrecken würden, die alten Schlacken. Das beste wäre, man ginge hinunter und gebe ihm (dem Abgestürzten) noch ein paar Tritte, daß er gar hin wäre." 2. Der Privatbeklagte erklärt, sich überzeugt zu haben, daß der hierdurch gegen den Privatkläger erhobene Vorwurf unbegründet ist, und nimmt denselben mit Bedauern zurück. 3. Der Privatbeklagte trägt sämtliche Kosten, wozu auch eine Ausfertigung des Vergleichs für den Privatkläger und die Kosten der in Ziffer 4 geordneten Veröffentlichungen gehören. 4. Der Privatbeklagte räumt dem Vertreter des Privatklägers das Recht ein, diesen Vergleich je einmal in der „Fränkischen Tagespost" und dem Fachblatt der Steinarbeiter binnen Monatsfrist nach Zustellung einer Ausfertigung des Vergleichs in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form zu veröffentlichen. 5. Privatklage und Strafantrag werden zurückgezogen.

Im Auftrage des Privatklägers K. Schramm. Dr. Strauß und G. Grampp, Rechtsanwälte.

Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1909.

Einnahme.	ℳ	₰
An Beiträgen	109019	32
„ Eintrittsgeld	1087	25
„ Erwerbslosenmarken	4144	70
„ Material (Futterale, Stempel, Farbkiss., Büch. rc.)	249	60
„ Abonnements und Inserate des Steinarbeiter	622	66
„ Extrasteuer (Reste von 1907)	5	50
„ Diverse Einnahmen (Zinsen usw.)	4830	08
	119909	11

Ausgabe.	ℳ	₰
Für Agitation	8642	10
„ Reiseunterstützung	7174	50
„ Streikunterstützung	4385	82
„ Gemaßregeltenunterstützung	2061	73
„ Rechtsschutz	235	20
„ Umzugskosten	203	—
„ Besondere Unterstützungen (Notfälle usw.)	425	—
„ Krankenunterstützung	17636	25
„ Sterbeunterstützung	1320	—
„ Gehalt (Verwaltung)	2350	—
„ Bureauausgaben	397	05
„ Druckkosten (Formulare usw.)	730	10
„ Porto	256	35
„ Revisionen und Vorstandssitzungen	454	55
„ Zuschuß an die Bezirksleitungen	1300	—
„ Verbandsorgan (Redaktion, Druck, Expedition usw.)	7382	17
„ Beitrag an die Generalkommission	800	—
„ Zentralkommission für Bauarbeiterschutz	191	76
„ Diverse Ausgaben (Unkosten-Konto, Zeitungen, Versicherungsbeiträge usw.)	425	24
Saldo für das 4. Quartal	63538	29
	119909	11

Bilanz.

Einnahme	119909.11 Mk.
Ausgabe	56370.82 „
Bestand pro 4. Quartal 1909	63538.29 Mk.
Bestand am 1. Oktober 1909	367727.72 „
Vermögensbestand der Hauptkasse am 1. Januar 1910	431266.01 Mk.

Leipzig, im Januar 1910.

Ludwig Geist, Kassierer.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis mit 31. Dezember 1909.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Jever, K. M. 0.30. Schaafheim, K. M. 0.80. Saalburg, B. 19.25, K. 1.80. Groß-Auheim, B. 11.—. Schwiebus, B. 3.30. Balduinstein, B. 76.—, K. 6.80, M. 1.20. Dessau, B. 36.87. Fürstenstein, E. 4.50. Gefrees, B. 58.80, K. 9.20. Goßmannsdorf, B. 92.—, K. 10.—. Grimma, B. 105.—, M. 1.—. Kirchheim, B. 276.—. Penig, B. 98.70, K. 1.30. Roßbach, E. 3.—. Schwarzenbach, B. 460.—. Treuen, B. 92.—. Wildemann, B. 262.50, K. 6.—. Schmalkalden, B. 92.—. Reiffenhausen, B. 42.—. Miltenberg, B. 7.56, K. 2.15. Leonbronn, B. 132.24, K. 16.25. Ludwigshafen, B. 126.—. Dortmund, B. 184.—, K. 16.—. Duisburg, B. 32.20, K. 1.80. Dessau, B. 14.65, E. 3.50, K. 7.60, M. 2.90, Div. 20.10. Bochum, B. 82.80, E. 10.—, K. 20.—. Zinsen 1643.25. Mötzingen, K. 1.—. Straußberg, B. 3.85, K. 0.20. St. Bockenheim, B. 3.85, K. 0.50. Beendorf, B. 4.95. Hannover, B. 5.50. Schleiz, B. 4.40. Liegnitz, B. 8.25. Hamburg I, B. 368.—, Div. 12.—. Hasserode, B. 230.—. Zell, B. 168.—, K. 2.50. Randersacker, B. 230.—. Wunsiedel, B. 8.40, M. 0.60. Jena, B. 46.—, M. 2.50. Frankfurt a. M., B. 46.—, K. 4.—. Zerbst, B. 12.10. Achim, B. 4.95. Sorau, B. 2.75, K. 0.30. Arnstadt, B. 8.80. Düsseldorf, Ins. 3.40. Nürnberg, Ins. 4.—. Radolfzell, B. 9.50, E. 4.—. Zinnhain, B. 21.—. Würzburg, B. 29.74, E. 9.50, K. 20.10. Wenigrackwitz, B. 138.—, E. 2.50, K. 31.50. Schopfloch, B. 7.60, K. 1.40. Offenbach, B. 46.—. Neusorg, B. 230.—, K. 10.—, M. 0.75. München, B. 115.—, K. 5.—. Meißen II, B. 210.—, Ins. 2.80. Meißen I, B. 276.—. Lüneburg, B. 21.—. Kleinrinderfeld, B. 371.—, K. 4.75. Kiefersfelden, B. 138.—, K. 2.50, M. 0.75. Königsberg, B. 73.60, K. 4.40. Gotha, B. 50.60, E. 0.50, K. 0.65. Köln II, B. 167.25. Berneck, B. 178.50, E. 0.50, K. 2.50. Bunzlau, B. 244.50, K. 0.75. Groß-Bieberau, Ins. 2.80. Abatnville, B. 44.—, K. 0.30. Rudolstadt, B. 4.95. Hamburg, Ins. 24.—. Gotha, Ins. 1.50. Bunzlau, B. 214.75, Ins. 4.—. Aunkirchen, B. 76.—, E. 7.50, K. 6.50. Augsburg, B. 92.—. Aue, B. 184.—. Brück, B. 95.—, E. 2.50, K. 13.—. Beuthen, B. 59.80, M. 0.20. Brandenburg, B. 122.35, K. 0.40. Köln I, B. 230.—, K. 30.—, M. 4.30. Köln II, B. 16.75, K. 2.—. Einbeck, B. 184.—. Eckartshausen, B. 59.28, K. 5.20. Frickenhausen, B. 120.98, E. 0.50, K. 3.25. Frankenstein, Div. 6.69. Gotha, B. 25.76, K. 3.55. Gera, B. 149.96, K. 6.90, M. 0.20, X. 1.50. Greiz, B. 40.48, E. 2.—, K. 8.—. Kupferdreh, B. 87.40, E. 3.—. Königsberg, B. 92.—. Kirschhausen, B. 568.68, E. 0.50. Kürnbach, B. 84.—, K. 6.—. Langelsheim, B. 142.80, E. 0.50, K. 4.50. Löbejün, B. 168.88, K. 10.20. Meißen II, B. 54.60, K. 1.65. Mittelsteine, B. 225.12, E. 1.50, K. 14.70, M. 0.40. Niederlamitz, B. 144.90, E. 0.50, K. 0.10. Neustadt a. H., B. 105.—, E. 2.50, K. 12.60, M. 1.40. Osterwald, B. 51.98, E. 0.50, K. 5.10. Ober-Peilau, B. 272.58, E. 0.50, K. 9.60, M. 0.40. Ochsenfurt, B. 51.52, E. 2.—, K. 4.10. Osterode-Lerbach, B. 16.80, K. 1.—, M. 0.20. Rückers, B. 93.38, K. 4.20. Sprockhövel, B. 92.—, E. 3.50. Schopfloch, B. 135.28, K. 15.90. Stettin, B. 110.40. Unsen, B. 79.14, E. 0.50, K. 5.70. Wünschelburg, B. 103.96, E. 1.75, K. 8.40. Wetzlar, B. 46.—, M. 2.50. Witten, B. 10.50. Wurzen, B. 126.—. Witten. E. 2.—, M. 4.25. Wolfshagen, B. 46.20, E. 0.50, K. 4.60. Trier, B. 31.74, E. 0.50. K. 0.50, M. 0.80. Strehlen, B. 544.03. Sternenfels, B. 139.46, K. 20.70. Roßbach, B. 126.—, E. 2.—, K. 18.95, M. 4.50. Reinheim, B. 161.—, K. 3.80. Rostock, B. 460.—, K. 9.70. Osnabrück, B. 138.—. Neuhaus, B. 74.34, K. 0.70. Nordendorf, B. 138.—, K. 0.40. Marktbreit, B. 108.56, E. 2.50, K. 3.70. Mittweida, B. 315.—, E. 1.25, K. 20.—. Mühlheim, B. 69.—, K. 1.—. Marktleuthen, B. 66.70, E. 1.—, K. 1.70. Leipzig, K. 5.75. Leipzig (Zahlstelle), B. 368.—, K. 24.25, M. 1.50. Langensalza, B. 138.—, K. 3.90, M. 0.60. Lütschenbach, B. 360.56, E. 9.—, K. 7.50, M. 2.50, Ins. 1.—. Königslutter, B. 16.56, K. 1.10. Kelbra, B. 63.—, E. 1.—, K. 19.30, M. 2.—. Jannowitz, B. 93.24, K. 0.10. Hemsbach, B. 168.—, E. 1.—, K. 6.—, M. 0.90, Ins. 1.—. Görlitz, B. 184.—, K. 10.—. Flossenbürg, B. 34.44, K. 5.10. Freiburg im Breisgau, B. 92.—, K. 20.—. Erfurt, B. 147.20, K. 1.30. Deutmannsdorf, B. 192.80. Derdingen, B. 140.60, K. 15.—. Bützow, B. 59.92. Alsenz, B. 73.50, E. 1.—, K. 4.50. Barbis, B. 13.85, E. 3.—. Neustrelitz, B. 4.40, K. 0.40. Oelsnitz, B. 4.40, K. 0.10. Triebel, B. 4.40. Halle, B. 2.20, K. 1.—, Ab. 284.21. Aue, Ins. 72.60. Gernrode, Ins. 3.60. Flensburg, B. 3.85. Heide, B. 10.—. Visselhövede, B. 4.95, Div. 0.05. Altenburg, B. 2.80, K. 0.70. Breslau, B. 149.05, K. 0.20. Bautzen, B. 94.50. Hof, B. 138.—, E. 1.—, K. 5.50. Hockenau, B. 299.—, E. 0.50, K. 21.50. Jannowitz, B. 27.30, E. 18.50, K. 2.45, M. 2.—. Kiel, B. 230.—. Kreuznach, B. 21.—, K. 0.40. Königslutter, B. 43.70, K. 5.80. Mainz, B. 167.90, K. 22.60. Mülhausen i. Els., B. 323.81, E. 2.—, K. 43.80. Mannheim, B. 425.50, E. 2.—, K. 4.05. Naumburg, B. 62.10, K. 4.65. Neuenstein, B. 94.50, K. 15.60. Offenburg, B. 31.50. Sebnitz, B. 157.08, E. 3.25, K. 6.10. Schwarzenbach, B. 152.—, E. 5.—. Ströbel, B. 596.78, E. 5.75, K. 13.30. Strehlen, B. 196.35, E. 2.—, K. 9.30, M. 1.60. St. Johann, B. 52.90, K. 1.10. Würzburg, B. 178.95, E. 0.25, K. 19.35. Westhofen, B. 27.60. Zwickau, B. 136.—. Wechselburg, B. 21.—, K. 10.50. Unsen, B. 65.10, K. 1.65. Sparneck, B. 15.25, K. 0.50. Penig, B. 14.70, E. 0.50, K. 1.30. Plauen, B. 29.90, K. 0.10. Offenbach, B. 32.20, K. 0.80. Nebra, B. 12.—, K. 1.50. Nördlingen, B. 69.—. Nürnberg, B. 460.—, Div. 28.51. Regenborn, B. 38.—, E. 0.25. Maulbronn, B. 22.04, K. 0.20. Mannheim, B. 94.30, K. 8.45. Metz, B. 91.54, E. 2.—, K. 3.60. Kappelrodeck, B. 361.10, K. 2.85. Kirschhausen, B. 56.70, E. 4.—, K. 12.80, M. 1.50. Kaiserhammer, B. 129.78, E. 0.50, K. 5.70. Heidelberg, B. 92.—, K. 10.—. Hildesheim, B. 80.50, E. 4.25, K. 0.50, M. 1.—. Häslicht, B. 574.14, E. 8.—, K. 48.20. Hamburg I, B. 138.—, K. 19.—. Frankfurt a. O., B. 36.80, K. 2.20. Frankfurt a. M., B. 460.—, K. 3.—. Floß, B. 168.—, E. 5.—, K. 10.—. Ebelsbach, B. 96.18, E. 4.50, K. 22.60, M. 2.50, Ins. 2.20. Eisenach, B. 298.99. Demitz-Thumitz, B. 1260.—, E. 5.—, M. 5.25, Ins. 6.80. Kolmar, B. 23.—, K. 5.50. Crailsheim, B. 23.—, K. 13.—. Bayreuth, B. 22.77. Bautzen, B. 84.—, K. 1.50. Alt-Warthau I, B. 414.—, K. 30.75. Zinsen 150.—. Berlin, Ins. 14.—. Braunschweig, Ins. 2.20. Schmölln, B. 2.85. Minden, B. 7.15, K. 1.35. Weißenfels, B. 6.05, K. 0.20. Aunkirchen, B. 152.—, K. 2.50. Amerdingen, B. 4.60, M. 0.40. Allagen, B. 49,02. Berlin, B. 1196.—, E. 25.—, K. 120.50, M. 5.—. Bremen, B. 264.50, K. 15.15, M. 3.10. Beucha, B. 533.62, E. 4.50, K. 22.30, Div. 2.50. Braunschweig, B. 175.72, K. 6.20. Büchlberg, B. 69.30, K. 6.40. Bützow, B. 3.10, K. 1.40. Bürgstadt, B. 118.87, K. 10.40, M. 0.20. Naasdorf, B. 332.50, E. 21.50, K. 23.50, M. 1.15. Eibelstadt, E. 3.50, K. 4.—. Elberfeld, B. 182.50. Emmendingen, B. 65.—. Fechenbach, B. 84.—, K. 9.—, M. 3.90. Grünsfeld, B. 136.—. Halle, B. 74.06, E. 1.50, K. 2.80. Hannover I, B. 204.70, K. 11.—. Hannover II, B. 175.70, E. 5.—, K. 3.30, M. 0.75. Kalteneck, B. 15.96, E. 0.50, K. 0.80. Kreuznach, B. 2.95. Nördlingen, 46.—, K. 0.50. Randersacker, B. 163.30, K. 10.60, M. 1.65. Ruhpolding, B. 2.30, K. 0.40. Röcknitz, B. 126.—. Sparneck, B. 64.68, K. 6.90. Sulzfeld, K. 4.50. Striegau, B. 4993.80, E. 16.—, K. 70.40. Ulm, B. 184.—, K. 7.70. Wildemann, B. 53.76, K. 12.—. Wolgast, B. 69.—. Pirna, B. 5280.—. E. 25.—, K. 300.—. Plagwitz-Löwenberg, B. 161.—, E. 1.50, K. 10.—. Münnerstadt, B. 42.84, E. 4.—, K. 8.60. Metten, B. 504.—, E. 1.50, K. 20.—, M. 1.25. Langensalza, B. 48.30, K. 0.20, M. 4.—. Lutter, B. 165.90, E. 1.—, K. 6.05, M. 0.70, Ins. 1.—. Kleinrinderfeld, E. 8.—, K. 7.75. Kamenz, B. 226.80, E. 0.50. Kelheim, B. 41.40, K. 2.10. Heilbronn, B. 42.—, E. 8.25. Emmendingen, B. 27.—. Ebenstetten, B. 84.—, K. 3.75. Dürkheim, B. 110.46, E. 4.—, K. 16.80, Ins. 1.—. Bayreuth, B. 102.75, E. 2.50, K. 5.—. Bruckmühl, B. 36.—. Zinsen 2338.35. Burghausen, K. 3.90. Elmshorn, B. 9.90, K. 0.20. Nienstetten, B. 5.—. Altleiningen, B. 21.85, K. 4.40. Baumholder, B. 13.50. Becke, B. 76.—, K. 9.50. Ebendorf, B. 165.40, E. 1.—, K. 2.90, M. 0.20. Faulbach, B. 42.—. Falkenhain, B. 77.28. Gebweiler, B. 33.20, K. 3.60. Kupferdreh, B. 4.60, K. 2.90. Lübeck, B. 80.50, K. 0.50. Mühlhausen i. Thür., B. 390.08, K. 16.20. Oberlungwitz, B. 52.06, E. 0.50, K. 0.40. Pilgramsreuth, B. 167.16, K. 22.60. Rimbach, B. 18.90, K. 0.60, M. 3.—. Springe, B. 134.82, E. 6.60, K. 13.10. Karlsruhe, B. 67.65, E. 0.50, K. 0.35. Wunsiedel, B. 165.06, K. 11.50, M. 0.50. Seebach, B. 138.—, K. 0.45. Rimbach, B. 86.52, K. 0.80. Niedermendig, B. 54.34, E. 0.50, K. 1.50, M. 0.60. Neusorg, B. 29.45, E. 7.—, K. 3.30. Mackweiler, B. 47.50, E. 0.50, K. 0.50. Kaiserslautern, B. 35.70, E. 0.50. Heidelberg, K. 1.50. Hockenau, K. 6.—. Erfurt, K. 3.90. Eschershausen, B. 190.—, E. 7.—. Eibelstadt, B. 46.—, K. 10.—. Bamberg, B. 168.—. Auerbach, B. 11.50, K. 2.—. Alsleben, B. 32.68. Alt-Warthau II, B. 119.50, K. 9.50. Graz, Ab. 4.80. Auerbach, B. 6.72, K. 4.40, Div. 25.30. Eisenach, B. 4.15, K. 10.—, M. 0.10. Karlsruhe, B. 92.—, K. 6.50. Ludwigshafen, B. 27.30, K. 1.20. Mackweiler, B. 4.18, E. 1.—, K. 8.30. Volksberg, B. 57.—, K. 5.—.

Die vorstehend quittierten Eingänge werden in die Jahresabrechnung 1909 einbezogen.

Ausweis über zurückgesandtes Material v. 1. bis 31. Dezbr. 1909.

Auerbach, 319 B. I., 7 E. Kreuznach, 46 B. II., 14 K. Bayreuth, 36 B. II. Ruhpolding, 10 B. I. Baumholder, 8 E., 9 Ersatzm. Naasdorf, 274 B. III., 41 E., 27 K. Regenborn, 32 K. Barbis, 26 B. III., 20 E., 98 K. Amerdingen, 6 E., 28 K. Ruhpolding, 210 B. I., 64 K. Dessau, 3 E., 13 K. Landau, 137 B. II., 1 E., 4 Ersatzm., 176 K., 60 X. Frankenstein, 375 B. II., 7 E., 102 K. Klingenmünster, 298 B. II., 19 E., 100 K. Wellerode, 103 B. II., 11 E., 20 B. M., 40 Z. M.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Zwingenberg: Georg Nickel, geboren am 15. November 1886 und Georg Nickel II, geboren am 22. Juni 1888, beide geboren zu Hähnlein (Hessen) haben sich im Betrieb Reinmauer in Heppenheim von den Unternehmern in die Liste als Nichtorganisierte eintragen lassen. Die beiden wurden nicht ausgesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Elberfeld. Der Poliseur Ludwig Hebel, geboren am 7. Dezember 1878 zu Rotselburg, wird hierdurch aufgefordert seinen Verpflichtungen der Zahlstelle und dem kranken Kollegen Westers (Kostgeld) gegenüber nachzukommen.

Adolf Schmidt, Kassierer, Brunnenstraße 19.

Adressen-Aenderungen.

Neusorg. Kass.: Ulrich Sechser, Steinmetz.

Nördlingen. Vors.: Hans Moll, Huttergasse 126 B.

Beuthen (Oberschlesien). Vors.: Viktor Malorny, Tarnowitzer Chaussee 29. Kass.: Johann Hauck, Tarnowitzer Str. 30.

Hannover II. Vors.: Karl Sohns, Hannover-Linden, Rothnerholzweg 49, II.

Becke. Kass.: Ewald Baltes.

Dossenheim. Philipp Kling, Hauptstraße 43.

Alsenz. 1. Vors.: Heinrich Müller, Oberndorf.

Derdingen. Vors.: Christian Steinmetz.

Zell-Reinersreuth. Kass.: Joh. Becher, Reinersreuth.

Ludwigshafen. Kass.: Joh. Umert, Mundenheimer Str. 246.

Braunschweig. Vors.: Max Hetz, Kreuzstr. Kass.: Otto Stüber, Celler Straße 49. — Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshause beim Gastwirt Heine ausbezahlt.

Sternenfels. Die Reiseunterstützung zahlt aus der Kassierer Friedrich Schlotterbeck mittags von 12 bis ¾1 Uhr und abends von 6 Uhr ab.

Alt-Warthau I. Vors.: Wilhelm Schneider.

Alt-Warthau II. Vors.: Karl Summa. — Die Kassengeschäfte führt vorläufig Kollege Hermann Thomas. Kollege Heinrich Wanke mußte eine Lungenheilanstalt aufsuchen.

Rothenburg. Vors: Joseph Hilpert, Vorm Klingentor. — Die Reiseunterstützung wird mittags von 12—1 Uhr und abends von 6—7 Uhr in der Brauerei Zur Sonne, Hafengasse, ausbezahlt.

Rimbach. Kass.: Alois Holzammer.

Hemsbach. Vors.: Xaver Bergbauer. — Während meiner Teilnahme am Unterrichtskursus vom 16. Januar bis zum 26. Februar sind alle Beiträge an den Vorsitzenden Bergbauer zu entrichten. Zugleich ist der Steinarbeiter sowie L'Operaio dort abzuholen. Friedrich Weidenhammer, Kassierer.

Mühlhausen. Vors.: Otto Dilpert, Fichtenstraße 23.

Karlsruhe. Die Reiseunterstützung wird im Gasthaus zum Storchen zu jeder Tageszeit ausbezahlt. Der Kassierer Heinrich Buchholz, Veilchenstraße 35.

Gefrees. Kass.: Hans Kolb, 98.

Mannheim. 1. Vors.: Friedrich Hofmann, Schwetzinger Straße 175, Kass.: Georg Staab, Augustenstraße 73, III. — Dortselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Briefkasten.

Freiburg. Wenn es klappt, kommt § 199 des Strafgesetzbuches in Anwendung. Dann wäre die Möglichkeit eines Freispruches gegeben. — **Sulzfeld.** Ueber Familienfeste können wir unmöglich berichten. — **Neusorg.** Der Bericht war zu unwesentlich. — **M.** Diese Angelegenheit kann auch in der Zahlstelle geordnet werden.

*

Vom „Steinarbeiter" fehlt uns die Nr. 45, Jahrgang 1909. Ueberschüssige Exemplare möchten uns sofort zugesandt werden.

*

An die Zahlstellenvorsitzenden. Die Muschelkalkindustrie wollen wir demnächst im Steinarbeiter eingehend behandeln. Die Zahlstellenvorsitzenden, insbesondere in den Städten, werden ersucht, uns sofort darüber zu berichten, in welchem Umfange dieses Material zu Bau- und Denkmalszwecken Verwendung findet und schon gefunden hat. Die aufgeführten Bauten usw. sind einzeln aufzuzählen. Die Rückäußerung der Vertrauensleute möchten wir bis zum 25. Februar in Händen haben.

Die Redaktion.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr

Zwei Mitgliederversammlungen:

Sektion I in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Sektion II im Verbands-Lokal, Seydelstraße 30.

Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Neuwahl derselben. 3. Brauchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, die Versammlung seiner Sektion zu besuchen.

Die Ortsverwaltung.

Wellerode.

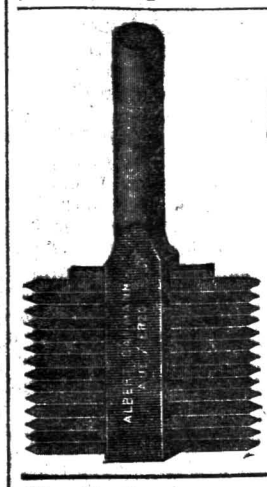
Am **Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr,** findet im Lokale des Herrn **Möhlhennerich** eine

Steinarbeiter-Versammlung

statt. Referent: **Paul Biewig** aus Hannover.

Zu dieser wichtigen Versammlung werden alle Kollegen herzlichst eingeladen.

Der Zahlstellen-Vorstand.



Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende

gratis.

Lieferung sofort!

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie die Aeußerungen, die sie über den Gauleiter **Herrmann** in unwahrer Weise verbreitet haben, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen.

Dortmund, den 4. Januar 1910.

Joseph Kumpf. Urban Penn. H. Kleinauf.

Gestorben.

In **Bayreuth** am 7. Januar 1910 der Kollege **Johann Lochner**, 36 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.

In **Pirna** am 31. Dezember 1909 der Kollege **Friedrich August Dude**, 62 Jahre alt, an Schwindsucht. — Ebendaselbst am 2. Januar 1910 der Kollege **Antonio Panozzo**, 44 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 3. **Sonnabend, den 15. Januar 1910.** **14. Jahrgang.**

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

Das Jahr 1909 steht in der Geschichte der Streikbewegung deshalb ziemlich bemerkenswert da, als noch selten ein Jahr der wirtschaftlichen Erholung eine derartige Zunahme der Streikbewegung gebracht hat, wie eben das Jahr 1909. Diese Erscheinung beruht zu einem großen Teil auf der Gestaltung der Lebensmittelpreise. Wenn in einem Jahre, in dem die wirtschaftliche Konjunktur nur gerade erst anfängt, wieder ein wenig besser zu werden, die Lebensmittel- und auch verschiedene andere Warenpreise derart empfindlich in die Höhe gehen, wie im Jahre 1909, so ist es nur erklärlich, daß einerseits die Arbeiter auf eine Besserung der Lohnverhältnisse drängen, anderseits aber auch die Arbeitgeber im Hinblick auf die eben überwundene Krise und die Erhöhung der Preise für Rohmaterialien sich gegen Lohnerhöhungen zu sträuben suchen. Die Verteuerung des Nahrungsmittelaufwandes trifft außerdem zum Teil auch die Arbeitgeber selbst, denn es gibt neben den großen Betrieben immerhin noch eine ganze Masse kleiner Arbeitgeber, für die die Steigerung der Lebensmittelpreise ebenfalls empfindlich ins Gewicht fällt und sie zur Sparsamkeit in den Betriebsausgaben zwingt. Auf einen wie großen Kreis von Arbeitgebern dies zutrifft und ob dieses Motiv zur Ablehnung von Lohnforderungen überhaupt berechtigt ist, soll und kann hier nicht entschieden werden; es soll nur darauf hingewiesen werden, welche Vorgänge im Wirtschaftsleben die Streikbewegung ganz unerwartet wieder haben anschwellen lassen. Kaum ins Gewicht fallen als Erklärung für die stärkere Streikbewegung dürfte der Hinweis auf den zunehmenden Ausbau der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter. Denn sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitern hat dieser Ausbau in der Zeit von Ende 1907 bis Mitte 1909 eher Rückschritte als Fortschritte gemacht. Man kann auch wohl kaum behaupten, daß eine sogenannte Streik- oder Aussperrungslust bestanden habe, denn nach den letzten schlechten Jahren lag weder den Arbeitgebern nach den Arbeitern daran, die Arbeit ohne Not schon wieder zu unterbrechen. Es ist somit die Annahme ziemlich wahrscheinlich, daß die Aufwärtsbewegung der Warenpreise das Anwachsen der Streikbewegung hervorgerufen hat. Einige wenige Gewerbe ragen im Jahre 1909 bereits mit großen Streiks hervor: es sind dies hauptsächlich der Bergbau, die Steinindustrie, das Holz-, Bau- und Bekleidungsgewerbe. Den Anfang machte erst zaghaft das Bekleidungsgewerbe: im März erfolgte in Berlin die Arbeitseinstellung von ca. 1000 Kostümschneidern und -Schneiderinnen. Ende März kam der gewaltige Kampf der Striegauer Steinarbeiter. Es waren daran über 800 Kollegen beteiligt. Es folgte gleich darauf das Holzgewerbe: der Monat Mai brachte eine Aussperrung von 4000 ebenfalls in Berlin beschäftigten Holzarbeitern. Einen Monat später entbrannte ein heftiger Konflikt im Hamburger Baugewerbe, der bald zur Aussperrung führte und in deren Verlaufe 8000 Bauarbeiter — teils Maurer, teils Zimmerer, teils andere Bauarbeiter, so auch die Steinarbeiter — in Mitleidenschaft zog.

Nicht unerwähnt sei die Aussperrung der christlichen Lithographiesteinarbeiter im Solnhofener Gebiet. Der schwarze Hilfsarbeiterverband wurde durch jenen Kampf finanziell ungeheuer geschwächt. — Der Monat Juli brachte einen neuen Arbeitskampf, der das Baugewerbe betraf; im oberschlesischen Industriebezirk wurden zirka 5000 Bauarbeiter ausgesperrt. Im September gab es im Holzgewerbe noch einmal einen größeren Konflikt, und zwar in Süddeutschland; doch waren es schließlich nur 800 Arbeiter, die bei dieser Aussperrung in Betracht kamen. Das Zehnfache dieser Anzahl zog der Bergarbeiterstreik im Mansfelder Revier in Mitleidenschaft, der im Oktober entstand und 8000 Bergarbeiter feiern ließ. Ein zweiter Streik, allerdings nicht von gleicher Bedeutung, hatte das Nahrungsmittelgewerbe zum Schauplatz: im Oktober stellten in der Tangermünder Zuckerraffinerie ca. 2000 Arbeiter die Arbeit ein. Unter den angeführten Arbeitskämpfen steht das Baugewerbe an erster Stelle. Aber nicht allein die meisten großen Streiks sind im Baugewerbe zu verzeichnen gewesen, sondern auch an kleineren Streiks hat das Baugewerbe das größte Kontingent zu der Zahl der Streiks sowohl als der Streikenden gestellt. Nach der amtlichen Statistik wurden im Baugewerbe in den ersten drei Quartalen 1909 insgesamt 467 Streiks mit 28 903 Beteiligten begonnen, gegen 259 Streiks mit 17 004 Streikenden in derselben Zeit 1908. Für die Holzindustrie weist die amtliche Statistik 1909 145 Streikfälle mit 6009 Beteiligten nach, gegen 85 Streiks mit 3764 Beteiligten im Jahre 1908. Die Maschinenindustrie wurde von 84 Streiks mit 7426 Streikenden betroffen, während sie 1908 in der nämlichen Zeit 45 Streiks mit nur 5381 Beteiligten aufzuweisen hatte. In der Metallwarenverarbeitung war zwar die Zahl der Streikfälle größer als 1908, doch blieb die Anzahl der Streikenden hinter der des Vorjahres zurück. Der Bergbau hatte, abgesehen von dem Streik im Mansfelder Revier, sowohl weniger Streikfälle als weniger Streikende als 1908 aufzuweisen. Es seien noch kurz die Aussperrungen erwähnt, die nach der amtlichen Statistik im Jahre 1909 an Zahl und Umfang ganz bedeutend hinter denen des Vorjahres zurückblieben. Die ersten drei Quartale brachten nur 92 Aussperrungen mit 21 928 Betroffenen, während 1908 in derselben Zeit 145 Aussperrungen mit 40 113 Betroffenen erfolgt waren.

Die Steinbruch-Industrie in Bayern.

Von Paul Martell.

II.

Auch im Regierungsbezirk Oberfranken findet sich eine stark entwickelte Steinbruchindustrie vor. Im Bezirksamt Bamberg I wird Sandstein des Braunen Jura und des jüngeren Keupers in großen Brüchen bei Zeegendorf, am Schammelsberg und bei Strullendorf gewonnen. Das Material hat seit Jahrhunderten zu großen Kirchen- und Monumentalbauten Verwendung gefunden. Im Bezirksamt Bayreuth besitzen die Brüche bei Hartmannsreuth wegen ihres hellen Sandsteins guten Ruf; auch die Syenitgranitbrüche südöstlich des Ochsenkopfes verdienen hervorgehoben zu werden. Im Bezirksamt Hof führten die Kalksteinlagerungen der Devon- und Kulmformation zur Anlage größerer Brüche, so bei Trogenau und Vierschau. Erwähnenswert sind auch die Grünsteinbrüche bei Töpen und Moschendorf. Das Bezirksamt Kronach ist reich an Buntsandstein- und Muschelkalklagerungen. Sandsteinbrüche befinden sich zu Fischbach, Gehülz, Höfles, Vogtendorf und Kronach. Im Bezirksamt Naila besitzt der Ort Geroldsgrün erhebliche industrielle Bedeutung. Es finden sich hier neben großen Schieferbrüchen auch solche für Grünstein und Grauwackesandstein. Im Bezirksamt Pegnitz sind die Ablagerungen besonders dichten Dolomits bemerkenswert, der zu Bronn in mehreren Brüchen gewonnen wird. Im Bezirksamt Rehau stützt sich auf den dortigen Kaolinlagern eine bedeutende Porzellanindustrie. Granitbrüche sind bei Kornberg und bei Heidelheim in Betrieb. Urtonschiefer wird bei Schönwald im Tännig und Kieselschiefer bei Rehau gewonnen. Im Bezirksamt Stadtsteinach besitzen lediglich die zahlreichen Kalksteinbrüche bei Untersteinach Bedeutung. Das Bezirksamt Teuschnitz zeichnet sich durch zahlreiche Schieferbrüche aus, solche befinden sich zu Ludwigsstadt, Ebersdorf und Steinbach a. d. Haide. Grauwackesteine werden bei Tettau, Welitsch und Nordhalben gebrochen. Im Bezirksamt Wunsiedel zeigt die Steinbruchindustrie große Ausdehnung. Vor allem ist hier die Speckstein gewinnung bei Göpfersgrün und bei Thiersheim zu nennen. Grünstein-Diorit wird zu Marktleuthen gebrochen. Weitere Granitbrüche liegen bei Niederlamitz, Nagel, Oberröslau, Silberbach und Tröstau. Bei Weißenstadt befindet sich auch das bekannte Granitschleifwerk Ackermann mit etwa 300 Arbeitern.

Im Regierungsbezirk Mittelfranken besitzt das Bezirksamt Ansbach vornehmlich bedeutende Sandsteinbrüche, so zu Oberdachstetten und Lichtenau. Sehr reich an Steinbruchbetrieben ist das Bezirksamt Eichstätt. Ueberaus zahlreich sind hier die Kalkschieferbrüche, von welchen bei Mörnsheim mehr als 30 liegen. Gleiche Brüche liegen bei Marienstein, Schernfeld, Wintershof, Mühlheim und Sappenfeld. Im Bezirksamt Erlangen wird Rhätsandstein im beträchtlichen Umfange in den Gemarkungen Uttenreuth und Spardorf gebrochen. Das Bezirksamt Fürth weist zahlreiche Keupersandsteinbrüche auf, unter welchen besonders die Steine von Vach geschätzt sind. Im Bezirksamt Nürnberg besitzen vornehmlich die in den Keuperlagen vorhandenen Burgsandsteine zu Schmausenbuck Bedeutung. Erhebliche Ausdehnung weist die Steinbruchindustrie im Bezirksamt Rothenburg auf, wo das dort vorhandene Material eines dolomitartigen, porösen Trigonoduskalkes für Monumentalbauten weiteste Verwendung findet. In dieser Hinsicht sind besonders die Brüche bei Diebach, Eckartsweiler, Endsee, Lohr und Stilzendorf zu nennen. Im Bezirksamt Scheinfeld herrschen infolge der Gipslagerungen des unteren Keupers die Gipsbrüche vor, solche finden sich zu Einersheim, Iphofen und Hellmitzheim. Dem Bezirksamt Weißenburg gehören die weltberühmten Solnhofer Brüche an, deren Bedeutung hinreichend bekannt ist. Mehr als 40 Kalkschieferbrüche weist dieser Bezirk auf.

Im Regierungsbezirk Unterfranken weist das Bezirksamt Aschaffenburg hauptsächlich Basaltbrüche auf, solche befinden sich zu Gailbach und Oberbessenbach. Im Bezirksamt Ebern besitzen lediglich die beiden Basaltbrüche des Zeilbergs Bedeutung. Der Basalt wurde hier auch in geringer Tiefe, etwa 20 Meter unter dem Sandstein, erbohrt. Das Bezirksamt Haßfurt ist besonders reich an Sandsteinlagerungen der Keuperformation. Derartige Brüche sind zu Eltmann, Zeil und Unterschleichach im Betrieb. Besonders stark ist die Steinbruchindustrie im Bezirksamt Marktheidenfeld vertreten. Besonders sind hier die Sandsteinbrüche im Buntsandstein zu Hasselberg, Reistenhausen, Kirschhof, Oberndorf und Schöhlbrunn zu nennen. Auch im Bezirksamt Obernburg sind zahlreiche Sandsteinbrüche vorhanden, so zu Pflaumheim, Trennfurt, Wörth und Obernburg. Wir kommen nunmehr zum Regierungsbezirk Pfalz, wo besonders das Bezirksamt Frankenthal für unsre Industrie Interesse hat. Vornehmlich wird hier Tonerde und Glassand bei Grünstadt und Hettenleidelheim gewonnen. Am letzteren Ort hauptsächlich feuerfester Ton in Gruben unter Tage. Ein Teil der Gruben befindet sich im Besitz des bayrischen Staates.

Der Bezirk besitzt auch Ockergruben bei Neuleiningen und bei Battenberg. Das Bezirksamt Kaiserslautern weist eine große Zahl von Sandsteinbrüchen auf, so zu Alsenborn, Fischbach, Schweisweiler, Kaiserslautern und Olsbrücken. Im Bezirksamt Kirchheimbolanden gewinnt man Porphyr bei Orbis und Kirchheimbolanden; Melaphyr bei Rockenhausen, Bolanden, Mannweiler und St. Alban. Auch im Bezirksamt Kusel ist die Melaphyrgewinnung erheblich. Derartige Brüche befinden sich zu Rammelsbach, Lauterecken, Altenglan, Rothselberg und Haschbach, die größte Zahl steinbruchindustrieller Betriebe in der Pfalz weist jedoch das Bezirksamt Zweibrücken auf. Zahlreiche Kalkbrüche liegen bei Auersheim, Gersheim, Ormesheim, Heckendalheim und Rubenheim. In diesen Orten finden sich oft bis zu zehn Brüchen. Aber auch zu Bockweiler, Biesingen, Herbitzheim, Aßweiler, Contwig u. a. liegen mehrere Kalkbrüche.

In den bayrischen Regierungsbezirken Schwaben und Neuburg hat die Steinbruchindustrie keine sehr erhebliche Ausdehnung. Immerhin sind einige in Frage kommenden Bezirke vorhanden. Im Bezirksamt Dillingen liegen zu Haunsheim mehrere Sandsteinbrüche, ebenso zu Wittislingen, wo sich auch ein Tuffsteinbruch befindet. Im Bezirksamt Donauwörth bildet der Jura ein günstiges Gebiet für Kalksteinbrüche: solche befinden sich zu Gansheim, Burgmannshofen. Kalkbrüche besitzen die Orte Graisbach, Harburg und Gunzenheim. Im Bezirksamt Füßen liegen mehrere Wetzsteinbrüche und zwar bei Schwangau und Buching. Die Brüche arbeiten in Verbindung mit Schleifereien. Sandstein wird bei Deutenhausen, Hopferau und Nesselwang gebrochen. Eine Gipsgrube arbeitet bei Faulenbach. Im Bezirksamt Kempten liegen einige bedeutendere Sandsteinbrüche bei St. Mang, Schelldorf und Siebratshofen. Kalkstein wird vornehmlich bei Heldenwang gebrochen. Das Bezirksamt Neuburg besitzt bedeutende Kalk- und Dolomitbrüche bei Unterhausen und Mauern. Die Verfrachtung des Materials erfolgt auf der Donau. Im Bezirksamt Sonthofen arbeiten beträchtliche Brüche auf Sandstein, so zu Burgberg, Gunzesried, Kranzegg, Rettenberg, Staufen und Wengen. Burgberg besitzt außerdem zwei Kalkbrüche mit Brennereien. Infolge der weit ausgedehnten Ablagerungen plastischen Lehms des Löß finden sich überall zahlreiche Ziegeleien vor.

Zur Erweiterung der Organisation.

Der Zentralvorsitzende des österreichischen Steinarbeiterverbandes, Kollege Rudolf Müller, sendet uns wegen der Organisierung der Hilfsarbeiter nachstehenden Artikel. In einigen Punkten können wir allerdings seine Ausführungen nicht teilen. Kollege Müller schreibt:

Steine und Gesteine.

III.

Von altersher wurde Marmor auch zu kirchlichen Zwecken verwandt. Taufsteine, Kanzeln, Altäre veranschaulichen uns die Stile und Kunstformen der ältesten Kunstepochen bis zu den gegenwärtigen Moden. Doch auch Nichtkirchgänger kommen auf ihre Kosten durch Besuche von Ausstellungen kunstgewerblicher Gegenstände. Allerdings handelt es sich da meistens nur um kleinere Gegenstände, wie Vasen, Kannen, Schalen, Büsten, Figuren, Gehäusen, Dosen usw., vielfach in zierlichen Fassungen von edlen und unedlen Metallen. Gefährlich ist es, seinen Wissensdrang in zum Verkauf der ausgestellten Waren bestimmten Kunsttempeln befriedigen zu wollen. Nicht etwa wegen der für unsre Verhältnisse unerschwinglichen Preise, o nein, — schon für 95 Pfg. erhält man eine „echte" Marmorschale mit mehrfach gegliedertem Fuß, auf deren Rand einige ebenfalls aus „echtem" Marmor gearbeitete Täubchen sitzen —, sondern wegen der zu erwartenden Folgen, die etwaige Zweifelsäußerungen in die Echtheit der an sich allerliebsten Gegenstände nach sich ziehen könnten. Natürlich handelt es sich in diesem Falle um eine Fälschung, der angepriesene „echte" Marmor ist nur Alabaster. —

Onyxmarmor, im Handel kurzweg Onyx genannt, und Serpentin stellen das meiste Material zu den Kleingeräten des Kunstgewerbes. Rauch- und Schreibzeuge, Briefbeschwerer, Petschafte usw. kommen zu den obengenannten Gegenständen noch hinzu. Onyxmarmor, sich durch seinen Kieselsäuregehalt vom Marmor unterscheidend, wird in Sizilien (gelb), Aegypten (weißgelb), Mexiko (grüngelb, mit braunen Adern) und in Argentinien (grün) gebrochen. Serpentin ist ein Umwandlungsprodukt des Olivin, eines Minerals, welches sich in älteren Eruptivgesteinen, namentlich in Basalten findet. Serpentin wird vorwiegend in Sachsen, Schweden und in den Vogesen gebrochen. Er ist feuerfest (Asbest ist ein ihm verwandtes Mineral), weshalb er auch zu Ofengestellen und Brandmauern verwendet wird. In Zöblitz in Sachsen, berühmt wegen seiner Serpentindrehereien, bestand schon im Jahre 1600 eine Innung dieses Berufs. —

Bei den bis jetzt behandelten Steinsorten kam es in der Hauptsache entweder auf ihre chemischen Eigenschaften (Farbe, Wetterbeständigkeit) oder auf ihre Härte und Druckfähigkeit (physische E.) an. In der Folge sind es die optischen Eigenschaften (Durchsichtigkeit, Glanz), welche neben Härte und Farbe eine große Rolle spielen. Mit dieser Einführung begeben wir uns auf das Gebiet der Edel- und Halbedelsteine. Eine genaue Grenze zwischen diesen gibt es nicht. Die Chalcedone und Achate, in Melaphyr- und Porphyrgesteinen auftretend, sind kristallisierte Kieselsäuren, die sich in Hohlräumen (bei Eruptionen entstandenen Blasen) abgesetzt haben. Sie zeichnen sich aus durch ihre feine Bänderung, während ihre Färbung meist auf künstlichem Wege erfolgt. In Oberstein a. d. Nahe hat sich eine Achatindustrie herausgebildet, deren Anfänge bis ins Mittelalter zurückreichen. Es gibt verschiedene Arten Achate, so den Heliotrop, Mückenstein, Moosachat, Trümmerachat u. a. Bei der Bearbeitung handelt es sich jetzt nicht mehr um Hau-, sondern um Schleifarbeiten. Die Schleifsteine, Sägen und Polierscheiben werden maschinell getrieben und das zu schleifende Stück, welches in einem Halter, dem sogenannten Kittstock befestigt ist, wird von dem Schleifer gegen das rotierende Werkzeug gedrückt. — Große Mengen Achatmandeln, so nennt man die Rohstücke, werden aus Brasilien eingeführt. Ihre Entdeckungsgeschichte ist äußerst interessant. Zu einer Zeit waren einige Schleifer von Idar-Oberstein durch Arbeitsmangel veranlaßt worden, nach Amerika auszuwandern. Sie ließen sich in Brasilien nieder. Auf einer Wanderung durch die dortigen Gefilde kehrten sie in einem Gehöft ein, dessen Pflastersteine eine eigentümliche Aehnlichkeit mit ihren heimischen Achatmandeln hatten. Sie stellten eine Probe an und fanden ihre Vermutung bestätigt. Auf die Frage, wo die Steine herstammen, antwortete der Besitzer des Gehöfts, daß dieselben in unerschöpflichen Mengen an den Ufern des naheliegenden Flusses zu finden seien. Darauf erwirkten sich die Obersteiner die Erlaubnis, die Steine sammeln zu dürfen, worauf sie sie als Schiffsballast bei ihrer Rückkehr in die Heimat mitnahmen. In der Folge entwickelte sich ein regelmäßiger Transport dieses Steinmaterials, allerdings nicht mehr als Ballast, sondern als eine geschätzte Handelsware.

Ein nur in Deutschland vorkommendes Mineral ist der Bernstein, ein fossiles (aus der Erde gegrabenes) Harz. Seine Entstehungsgeschichte fällt zurück in die Zeit der Grünsandformation. Wo heute die Ostsee das Land mit ihren Fluten bedeckt, war früher flaches Land mit einer üppigen Urwaldvegetation. Harzreiche Nadelbäume bildeten den Waldbestand. Diese Bäume sonderten in reichlichem Maße Harz ab, welches zur Erde träufelte und mit der Zeit erhärtete. Schicht auf Schicht verwelten Laubes usw. häuften sich im Laufe der Jahrtausende an, bis die Erdoberfläche eine andre Gestalt annahm. Einst vom Weltenmeer bedeckte Länderstriche wurden freigelegt, andre sonst trockene Landteile vom Wasser überschwemmt. Hierzu gehört auch das Gebiet der heutigen Ostsee. Für die Richtigkeit dieser Auffassung sprechen die im Bernstein des öfteren vorkommenden Insekten, Pflanzenteile usw., die von dem noch flüssigen Harz umschlossen wurden und den Erhärtungsprozeß mitgemacht haben. — Trotzdem der Bernstein nur an der Ostsee gefunden wird, ist er doch über die ganze Erde verbreitet. Schon durch die Handelsvölker des Altertums ward er in alle Länder getragen. Gelegentlich der zu Studienzwecken vorgenommenen Ausgrabungen, z. B. alter Grabstätten, fand man zu Schmuckstücken verarbeiteten Bernstein. — Die Gewinnung des Bernsteins ist äußerst einfach. Die Ostsee ist nur verhältnismäßig flach; heftige Stürme vermögen dieselbe bis auf den Grund aufzuwühlen, welcher dann als sogenannte „blaue Erde" an die Küste geschwemmt wird, wo die Fischer den Bernstein mit Netzen und Käschern herausholen. In Danzig ist eine ausgebreitete Hausindustrie zur Herstellung von Bernsteinschmuck vertreten. Da früher hauptsächlich Rosenkränze (katholische Gebetkränze) verfertigt wurden, nannte man die Arbeiter „Paternostermacher", heute wird der Bernsteinschmuck vorwiegend bei den Negern abgesetzt. Nicht verarbeitbare Reste des Bernsteins werden geschmolzen und geben u. a. das Kolofonium ab, auch werden sie gepreßt und als Preßbernstein in den Handel gebracht. In warmgeriebenem Zustande verfügt der Bernstein über eine große Anziehungskraft, weshalb er auch im Altertum Elektron genannt wurde.

Neben den optischen Eigenschaften der Edelsteine wirkt ihre Seltenheit wertbestimmend mit. Die Art ihres Vorkommens läßt eine planmäßige Gewinnung, z. B. den Abbau, nicht zu. Umschlossen von Gesteinen, meist Basalt und Syenit, bleibt uns ihr Dasein in der Regel verhüllt. Unter Umständen treten wir sie, über das Straßenpflaster hinwegschreitend, im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen. Man teilt Edel- und Halbedelsteine ein nach Härte und Glanz. Letzteren entfalten sie jedoch erst nach dem Schleifen und Polieren. Auch ihre Durchsichtigkeit kommt erst nach dem Schleifprozeß zur Geltung. Der Kunst des Schleifers ist es zu danken, wenn der Stein im prächtigsten „Feuer" erstrahlt. Das „Feuer" ist das Ergebnis der durch die geschliffenen Fassetten hervorgerufenen Lichtbrechungen. Um

Zu der vielbesprochenen Frage der Aufnahme der Hilfsarbeiter in die Organisation der Steinarbeiter, welche die Kollegen Deutschlands gegenwärtig beschäftigt, dürfte es von Interesse sein, den Standpunkt der österreichischen Steinmetzen in dieser Frage hier zu schildern. Schon im Jahre 1897, zwei Jahre nach der Gründung des Verbandes der Steinmetzen Oesterreichs, schritten wir zur Statutenänderung und damit auch zur Aufnahme der Hilfsarbeiter in unsre Organisation. Wir haben dadurch, daß wir mit den Hilfsarbeitern keinen Unterschied machen, so manchen schönen Sieg über unsre Unternehmer errungen. Der zünftlerische Kastengeist, der früher insbesondere bei den Bausteinmetzen vorherrschend war, durch welchen sie sich aber auch am meisten schädigten, ist jetzt ganz überwunden.

Ueber die Notwendigkeit der Aufnahme der Hilfsarbeiter in die Fachorganisation braucht in diesem Artikel nicht viel mehr gesagt werden. Nach den Ausführungen im Fachblatt sind sich jetzt auch die deutschen Kollegen klar, daß die Hilfsarbeiter in der Organisation sein müssen, wenn wirksam gegen die Unternehmer gekämpft werden soll. Es ist die mangelhafte Organisation und die Antipathie gegen die Hilfsarbeiter bei den Steinmetzen vielfach schuld, daß es bisher mit der Organisierung der Hilfsarbeiter nicht recht vorwärts gegangen ist. Auch bei den Hilfsarbeitern ist die erste Frage, was für den geleisteten Beitrag geboten wird. Mit dem Idealismus, daß die besser bezahlten Steinmetzen für die reichere Unterstützung der Hilfsarbeiter aufkommen sollen, wird man in der Gewerkschaftsorganisation nicht auskommen. Das Prinzip: gleiche Pflichten bedingen gleiche Rechte, ist besonders in der Gewerkschaftsorganisation nicht aus dem Auge zu lassen. Nur so ist die höchst notwendige Einigkeit im Kampfe mit den Unternehmern aufrecht zu erhalten. Es ist nur natürlich, daß der, welcher weniger an die Organisation bezahlt, auch weniger bekommen kann. Man kann mit den bestehenden drei Beitragsklassen, so wie es bei uns Oesterreichern der Fall ist, nach entsprechender Ausgestaltung ganz gut auskommen, selbst wenn auch die Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird. Die Hauptsache ist eine mit Eifer, Lust und Liebe betriebene Agitation unter den Hilfsarbeitern. Je nach den drei Beitragsklassen muß die Unterstützung abgestuft sein. Das ist für jeden Kollegen begreiflich und selbstverständlich. Es kann sich niemand beklagen, daß er zu viel bezahlt oder daß der Steinmetz für den Hilfsarbeiter daraufzahlen muß. Daher ist es vorteilhaft, jedes Mitglied frei wählen zu lassen, welche Betragsklasse es bezahlen will. Kommt es doch auch in Deutschland vor, daß die Hilfsarbeiter in manchen Städten mehr Lohn erhalten als die Steinmetzen in manchen Bruchdistrikten. Je nach den Lohn- und Teuerungsverhältnissen soll es den Ortsverwaltungen respektive der Mitgliederversammlung freistehen, entsprechende Zuschläge auf den Zentralbeitrag zu beschließen, um auf die zentralen Unterstützungen einen Zuschuß aus der Ortskasse geben zu können.

Daß es nicht notwendig ist, einen niederen Mitgliedsbeitrag einzuführen, um Hilfsarbeiter zu gewinnen, haben wir in Oesterreich zum Beweis. Wir besitzen in unsrer Organisation zirka 200 Frauen. Eine Steinschleiferin erhält in Oester.-Schlesien 14 bis 18 Heller Stundenlohn, also bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit einen Wochenlohn von 8.40 Kronen bis 10.80 Kronen oder 7.14 bis 9.18 Mk.; davon zahlen diese Frauen die dritte und letzte Beitragsklasse, das ist 30 Heller oder 26 Pfg. wöchentlich an den Verband. Damit ist bewiesen, daß auch die Hilfsarbeiter Deutschlands bei entsprechender Agitation und Aufklärung den Mitgliedsbeitrag von 35 Pfg. wöchentlich bezahlen können.

Bei der Konzentration des Kapitals und der starken Zunahme der Unternehmerverbände ist die Vereinigung mit den Hilfsarbeitern unter allen Umständen notwendig. Damit ist aber in Kampfeszeiten noch nicht erreicht, die Betriebe der Unternehmer vollständig lahmzulegen. Das kann nur durch die Betriebsorganisation bewerkstelligt werden. Der Grundsatz: Alle in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter gehören in die Steinarbeiterorganisation, muß verwirklicht werden. Was hat der Maschinist oder Heizer, der im Granitwerk beschäftigt ist, für einen Vorteil, wenn er in der Maschinisten- oder der Werkzeugschmied in der Metallarbeiterorganisation Mitglied ist. Seine Lohnverhältnisse wird er nur gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft im Betriebe wirksam regeln können. Bei uns in Oesterreich ist die Frage der Betriebsorganisation im Rahmen des Zentralverbandes aktuell; sie verspricht eine wirksame Waffe für die Arbeiter zu werden.

Nach dem Beschlusse des letzten österreichischen Gewerkschaftskongresses müssen sich alle Arbeiter eines Betriebes in dieser Fachorganisation organisieren, die den Hauptberuf des Unternehmens bildet. Das Mitglied einer Zentralorganisation wird von der andern mit vollen Rechten übernommen. Dadurch sind die sogenannten Grenzstreitigkeiten auf ein Minimum beschränkt.

Wir haben im Verband der Steinarbeiter Oesterreichs, insbesondere in den neuen Orten, wohl die ausgeprägteste Betriebsorganisation durchgeführt. In unsrer Ortsgruppe Greifenstein haben wir sogar die Arbeiter einer Donauregulierungsunternehmung organisiert, weil die Steingewinnung der Hauptberuf des Unternehmens ist. Wir zählen in dieser Ortsgruppe Steinbrecher, Schiffsleute, Zimmerleute, Wagner, Hufschmiede, Kutscher, Sattler, Werkzeugschmiede und Maschinisten zu unsern Mitgliedern. Es wurde dem Unternehmer ein Tarif überreicht, wo alle Kategorien berücksichtigt wurden. Der Streik in diesem Betriebe war, nachdem die Firma die Forderungen abgelehnt hatte, eine vollständige Lahmlegung desselben. Den Kampf haben die Schiffsleute entschieden, weil sie den großen Vorrat an Bruchsteinen nicht verladen haben, infolgedessen auch der Unternehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. In den großen Granitwerken in Oberösterreich wird jetzt daran gegangen, alle in den Betrieben beschäftigten Arbeiter zu organisieren. Wir besitzen im Verbande der Steinarbeiter Oesterreichs, und zwar in Mannthausen und Schwertberg, zwei Sektionen der Werkzeugschmiede, die 30—50 Mitglieder zählen. Die Schmiede tragen gar kein Verlangen, im Verbande der Metallarbeiter organisiert zu sein; übrigens würden sie auch nicht aufgenommen werden. Ueberall in dne Steinbruchsorten, wo wir eine neue Ortsgruppe oder Zahlstelle errichten, werden alle Arbeiter ohne Unterschied der Branche oder des Geschlechts, welche mit bei der Steingewinnung tätig sind, in unsern Verband aufgenommen.

Die Frage der Betriebsorganisation zu erörtern und in die Tat umzusetzen, ist meines Erachtens in Anbetracht der mächtigen Unternehmerverbände auch für Deutschland zeitgemäß.

---

das „Feuer" daher recht wirkungsvoll zu gestalten, muß der Schleifer vor der Inangriffnahme seiner Arbeit das innere Gefüge des Steins zu erforschen suchen, damit die später hineinfallenden Lichtstrahlen nicht mit der Lagerung des Steins kollidieren.

Die schönsten Edelsteine liefern Ostindien: Heliotrop (dunkelgrüner Grund, rotgefleckt), Ceylon: Saphir (bläulich), Rubin, Spinell, Hyazinth (rot); Brasilien: Topas (bräunlich). Gelblichen Topas findet man auch in Sachsen und bläulichen im Ural. Der Ural birgt auch den roten Turmalin, dunkelgrünen Alexandrit und den hellgrünen Edler Beryll. Von Nordamerika erhalten wir den schwarzen Turmalin (Trauerschmuck), von Böhmen die Granaten (dunkelrot, von Ungarn den Smaragd (grün), aus Persien den hellgrünen Türkis. Der bläuliche Amethist kommt im Erzgebirge, der hellgrüne Chrysopras in Schlesien vor. Der Lasurstein (Lapislazuli) von dunkelblauer Farbe kommt teils von Chile, teils von Afghanistan und der Diamant ist am häufigsten in Südafrika vertreten.

Die Kostbarkeit der Edelsteine hat viel zu ihrer Nachahmung Veranlassung gegeben. So versuchte man auf Grund der Lehren ihrer natürlichen Zusammensetzung letztere auf chemischem Wege vorzunehmen. Versuche, auf diese Weise Rubine herzustellen, glückten zwar, doch kam ihre Herstellung ebenso teuer zu stehen, wie echte Rubine. Eine Vortäuschung echter Steine wird erzielt durch Unterlegen von Similis (unechter, ähnlicher Steine) mit Gold oder Silberschichten, hierdurch das „Feuer" hervorrufend. Auch stellt man Steine zur Hälfte aus unedlem Material (und zwar den unteren in die Fassung kommenden Teil) und zur andern (dem sichtbaren Teil) aus Edelstein her. Die Verbindung der Dubletten geschieht mit Mastix. Als Ersatz für edle Steine bedient man sich des Bergkristalls, des Quarzes oder gewöhnlichen Glases.

War es uns auch nicht möglich, das Gebiet der Steine und Gesteine vollständig zu erschöpfen, so glauben wir doch die Leser angeregt zu haben, auf dem angedeuteten Wege fortzuschreiten. Unsre Museen, namentlich in den größeren Städten, bergen wahre Schätze von Stein-Sammlungen und Erzeugnissen. Daher versäume keiner, dem die Gelegenheit hierzu geboten ist, sich mit diesen Schätzen vertraut zu machen.

E. W.

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vom Jahre 1909.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission kann in seiner neuesten Nummer einen Ueberblick über die zu erwartenden Mitgliederzahlen der freien Verbände für das Jahr 1909 geben. Wir lesen daselbst:

„Nach den vergleichenden Ziffern von 38 Gewerkschaften vom Schlusse des 3. Quartals 1909, die insgesamt 1 418 283 Mitglieder zählen, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Diese Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1 409 051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 9032. Von 3 weiteren Verbänden liegen noch vergleichbare Ziffern vom Ende des 2. Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 65 493, dagegen Ende Juni 1909 67 151 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1658 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben danach binnen Jahresfrist um 10 890 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 1908 (3. Quartal) 80,6 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13 500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Abrechnungen ausstehen, günstigere Ergebnisse mitteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahresschluß 1908 bis zum Jahresschluß 1909 die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervortreten lassen wird.

Ist dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß es nicht bloß einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwung teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben wir verwerten konnten, weisen 26 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Wir sind also über den toten Punkt hinweggelangt und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch unsre Reihen wie früher füllen und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge ihren Einzug halten."

Korrespondenzen.

Alsenz. Am 2. Januar tagte unsere Generalversammlung in der Wirtschaft von Georg Lehmann. Nachdem die Bücher nachgesehen und kontrolliert waren, wurde unserem Kollegen Diehl, als Kassierer, eine lobende Anerkennung für sein tadelloses Buchführen ausgesprochen. Aus der Neuwahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Heinrich Müller, 2. Vorsitzender Jakob Wendling, Kassierer Rudolf Diehl, Revisoren: Theodor Kroll und Philipp Schuch, Schriftführer Friedrich Weber. Nun hielt Kollege Sarfert einen kurzen Vortrag. Er munterte auf, dem Verbande Treue zu geloben. Er betonte ferner die Notwendigkeit, daß eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden müsse, damit auch die Hilfsarbeiter in unseren Verband eintreten können. Ferner wurde einstimmig beschlossen, 5 Mk. zur Errichtung eines Denkmals für den Genossen Erhardt aus der Lokalkasse zu bewilligen.

Gefrees. Am 2. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Abrechnung vom 4. Quartal. Diese wurde von den Revisoren für richtig befunden und daher dem Kassierer Kollegen Weidenhammer einstimmig Decharge erteilt. Zum 2. Punkt erstattete der Vorsitzende Bericht von der am 12. Dezember 1909 in Schwarzenbach stattgefundenen Bezirkskonferenz. Dann wurde die Neuwahl vorgenommen. Diese hatte folgendes Ergebnis: Der 1. Vorsitzende wurde wiedergewählt. Als Kassierer und Schriftführer wurde Kollege Kolb neugewählt. Revisoren sind J. Peetz, Joh. Weidenhammer und J. Hager. Statistiker Michael Bayerlein. Zum 4. Punkt setzte eine lebhafte Diskussion ein. Die Steinarbeiter von Gefrees leben gegenwärtig nicht in den rosigsten Verhältnissen. Schon seit ¼ Jahr herrscht bei der Firma Künzel u. Schedler eine ziemliche Arbeitslosigkeit. Jetzt will die Firma gar keine Arbeit mehr haben. Merkwürdig ist es, daß sich in früheren Jahren solche Verhältnisse nicht so stark bemerkbar machten. Sollte dies vielleicht mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag in Zusammenhang stehen? Oder soll damit die Organisation zerstört werden? Bei der Firma Emil Haberstumpf, wenn man Kritik üben wollte, fände dieselbe kein Ende mehr. Hier machte sich vor einigen Wochen auch Arbeitslosigkeit bemerkbar, so daß sämtliche Kollegen 14 Tage vollständig aussetzen mußten. Die Lohnauszahlung erfolgt nach Willkür. Solche Mißstände sind aber nicht eher zu bekämpfen, bis sich bei dieser Firma Mann für Mann dem Deutschen Steinarbeiterverband angeschlossen hat. Der Vorsitzende geißelte wiederum den schlechten Versammlungsbesuch.

Hannover II. Am 2. Januar tagte unsre Generalversammlung. Der Kassierer, Kollege Künast, gab die Abrechnung. Es wurde ihm Decharge erteilt. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. 1. Vorsitzender wurde Kollege Sohns, da der Kollege Wiehe eine Wiederwahl ablehnte. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Fischer und als Schriftführer Kollege Seidat gewählt. Ein Antrag des Vorstandes, den Lokalbeitrag von 5 auf 10 Pfg. zu erhöhen, rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Antrag fand Annahme. Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen kräftigen Appell an die zahlreich Erschienenen, damit sie auch in Zukunft treu zur Organisation halten möchten.

Heidingsfeld. Am 18. Dezember tagte im Gasthaus zum weißen Lamm unsre Generalversammlung. Anwesend waren 32 Kollegen, wovon 19 der Zahlstelle Heidingsfeld angehören. Gewählt wurden, nachdem die frühere Verwaltung jedes Amt so ziemlich ablehnte, folgende Kollegen: 1. Vorsitzender Michael Röder, 2. Vorsitzender Christoph Schwind, Kassierer Georg Schmidt, Schriftführer Sebastian Schmidt, Revisoren Peter Hemm und Lorenz Schad. Anfang 1910 wird ein Vortrag über die Alkoholfrage gehalten. Der Vorsitzende gibt noch das Ableben des Kollegen Georg Lenz bekannt.

Kaiserhammer. Am 2. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Aus der Neuwahl gingen hervor: als Vorsitzender Georg Geist, als Kassierer Johann Franz. Beide haben diese Aemter bisher schon bekleidet. Als Schriftführer wurde Kollege Fraers gewählt, als Revisoren die Kollegen Wilhelm und Hautmann. Zum Punkt Abrechnung wurde dem Kassierer Franz Decharge erteilt. Demselben wurde für seine sehr geordnete Kassenführung Lob und Anerkennung ausgesprochen. Zum Geschäftsbericht nahm Kollege Geist das Wort und schilderte in trefflicher Weise die Tätigkeit der Zahlstelle im vergangenen Jahre. Das Verhalten des Unternehmers O. Jakob wurde scharf gerügt. Es ist das Gebaren dieses Herrn in der „Volkstribüne" schon trefflich gekennzeichnet worden. Es ist Pflicht der Kollegen, die Interessen des Steinarbeiterverbandes zu wahren und jederzeit für dieselben einzutreten.

Kaiserhammer. Zustände, von denen man sagen kann, daß es keine guten sind, herrschen im Geschäft des Steinbruchbesitzers O. Jakob in Schwarzhammer. Die Kollegen werden sich gewiß des Streiks vom Vorjahre noch erinnern können. Unsre Absicht war damals, eine einheitliche Entlohnung in diesem Geschäft zu schaffen. Nach neunwöchigem Kampf wurde dieser durch vorheriges Eingreifen des Gauleiters und unsres Zentralvorstandes beendigt. Nun sind seit diesem vier Monate verflossen, und dabei sind schon recht viele Mißstände zu verzeichnen. Zu Weihnachten nun kündigte Jakob auf einmal drei seiner Arbeiter mit der Angabe, keine Aufträge zu haben. Und jetzt müssen die Steinmetzen von früh bis spät abends über Gebühr arbeiten. Zwei jüngere Kollegen erhalten 30 Pfg. Stundenlohn; es wäre wünschenswert, wenn sie sich entschließen würden, einmal von Muttern Abschied zu nehmen, dann hätten sie nicht notwendig, unter Tarif zu arbeiten. Es muß strikte darauf gesehen werden, daß der Tarif eingehalten wird. Nur so können die Unternehmer zur Tariftreue überhaupt erzogen werden. Der Tarif ist unser berufliches Gesetzbuch, er ist ein anerkanntes Dokument, das von den Meistern in all seinen Teilen respektiert werden muß. Schreiben wir deshalb auf unsre Fahne: Strenge Durchführung des so schwer erkämpften Tarifvertrages.

Kappelrodeck. Am 2. Januar fand im Gasthaus zum Rebstock eine Steinarbeiterversammlung statt. Der Besuch hätte ein besserer sein können. Aber die Kollegen trinken lieber in den andern Wirtschaften umher, als daß sie zur Versammlung gehen. Kollege Weindl gab den Tätigkeitsbericht bekannt über das verflossene Jahr. Es wurden 17 Versammlungen abgehalten, Vorstandssitzungen 5, Beschwerdekommissionssitzungen 2. Auch fand eine Schlichtungskommissionssitzung statt mit den Unternehmern. Es wurden sämtliche anwesende Kollegen vom Vorsitzenden aufgefordert, sich an der Agitation im kommenden Frühjahr stark zu beteiligen, hauptsächlich im oberen Schwarzald, z. B. Trieberg, wo lauter Italiener beschäftigt sind. Auch sollte unter den Kollegen der persönliche Haß etwas nachlassen, damit eine starke Einigkeit zu erzielen ist. Es werden die Kollegen aufgefordert, zu der am 30. Januar tagenden Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Königslutter. Am 2. Januar tagte im Gasthof des Herrn Warmboldt eine gut besuchte Versammlung. Der Kassenbericht wurde verlesen. Es ergab sich eine Einnahme von 432.24 Mark, die Ausgabe betrug 300.92 Mark, wonach ein Bestand verblieb von 131.32 Mark. Nach dem Gutachten der beiden Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Jahresbericht wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Nachdem unter Kartellbericht den Kollegen mitgeteilt wurde, daß Anfang Februar ein wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern stattfindet, und daß weiter Ende März ein Vortrag über die Alkoholfrage stattfinden soll, wurde zur Vorstandsneuwahl geschritten. Der erste Vorsitzende, Hermann Hennig, sowie dessen Stellvertreter Christel Gier, der Kassierer Karl Brecht, der Schriftführer Karl Schütte, wurden einstimmig wiedergewählt. Als Hilfskassierer wurde für den Kollegen Hermann Bosse Kollege Wilhelm Spierling gewählt. Zu Revisoren wurden Karl Fricke und Wilhelm Wertz bestimmt.

Kürnbach. Die am 31. Dezember v. J. im Gasthaus zur Krone tagende außerordentliche Mitgliederversammlung war mäßig besucht. Der Gauleiter des Erfurter Gaues, Kollege Koch, welcher die Feiertage über bei seinen Eltern weilte, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: Organisation und Agitation. Dem Redner wurde für seine glänzenden Ausführungen lebhafter Beifall zuteil. Im Punkt 2: Verschiedenes, appellierte der Vorsitzende an diejenigen Kollegen, welche noch mit Beiträgen im Rückstande sind, damit der Kassierer eine saubere Quartalsabrechnung ausfertigen kann. Hier tut eine straffe Organisation besonders not. Nützen wir deshalb die Zeit aus. Der Vortrag des Kollegen Koch hat sicherlich dazu beigetragen, daß hier das Verbandsinteresse wieder stark gehoben wurde.

Ströbel. Auch hier wird zur jetzigen Zeit mit den Steinarbeitern recht schroff umgegangen, da sind nämlich bei der Firma Krause die beiden Poliere Gebrüder Kasche schnell zur Hand mit den Worten, wem es nicht paßt, der kann ja gehen. So haben es sich auch eine Anzahl Steinarbeiter nicht zweimal sagen lassen und gingen. Der eine Polier nahm es den Leuten noch übel und sagte, er hätte es nicht so gemeint. Warum aber immer solch schnöde Antworten; sind denn die Arbeiter nicht auch Menschen wie die Herren Poliere? Sie sind doch auch aus Arbeitern hervorgegangen und waren auch nicht immer die Zufriedensten mit ihrem Lohne. Es möchten sich die Steinarbeiter von Ströbel solche Worte merken und die Firma Krause nicht zu sehr belästigen. Gerade die Poliere, welche auch im christlichen Arbeiterverein sind, sollten doch ihre Christenliebe zeigen und mit ihren Mitmenschen etwas honetter umgehen.

Weißenstadt. Am 1. Januar tagte unsre diesjährige Generalversammlung. Besonders hob der Vorsitzende die Mitgliederzunahme hervor. Unsre Mitgliederzahl stieg von 70 auf 140. Er ermahnte die Kollegen, noch mehr agitatorisch tätig zu sein und noch mehr Freude am Ausbau der Zahlstelle zu zeigen. Wir haben noch viele Indifferente zu gewinnen. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt und erklärte den Kollegen die finanzielle Lage der Zahlstelle. Er richtete auch an die restierenden Kollegen die Bitte, sie mögen sich etwas pünktlicher an ihre Beitragszahlung gewöhnen. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die alten Kollegen wiedergewählt, bis auf den zweiten Vorsitzenden. Zum Schluß sei noch zu erwähnen, daß die Versammlung schlecht besucht war.

Wenig-Rackwitz. Am 2. Januar fand für die hiesige Zahlstelle eine allgemeine Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer, Kollege Hartmann, gab zunächst den Kassenbericht vom 4. Quartal 1909. Von den anwesenden Revisoren wurde die musterhafte Ordnung, welche derselbe auf Bücher und Kasse verwendet, besonders lobend hervorgehoben. Bei der erfolgten Neuwahl des Gesamtvorstands wurde Kollege Deinhard als Vorsitzender wiedergewählt. Die Wahl des Kassierers fiel abermals auf Kollegen Hartmann. Wie in andern Zahlstellen im Sandsteingebiet, so ist auch unsre Mitgliederzahl zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist daran schuld. Wo in unserm Orte noch vor einigen Jahren weit über 100 Kollegen Beschäftigung fanden, und auch zum größten Teil den Winter über beschäftigt wurden, beträgt die Zahl derselben jetzt nur 68. Die Gleichgültigkeit, welche auch bei vielen Kollegen hier einzureißen scheint, wurde vom Kollegen Deinhard scharf gerügt.

Literarisches.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863—1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplett in zirka 18 Lieferungen à 30 Pfg. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München. — Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermißt haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitagen verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den Achtstundentag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Achtuhrladenschluß, Akademiker, Akkordarbeit, Akkordmaurer, Alkoholfrage und Anarchisten. Die Lieferungen erscheinen vierzehntägig.